

GER VAN ROON

GRAF MOLTKE ALS VÖLKERRECHTLER IM OKW

In diesem Aufsatz wird eine Seite des Wirkens des Grafen Helmuth James von Moltke beleuchtet, die an anderer Stelle nur am Rande angedeutet werden konnte¹. Gemeint ist die Tätigkeit Moltkes in der Abteilung (später Amtsgruppe) Ausland des Amtes Ausland-Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht.

Zur Quellenlage ist folgendes zu bemerken: Es fehlen leider bis heute die Kriegstagebücher der Amtsgruppe Ausland-Abwehr. In Deutschland sind sie nicht aufzufinden. Sie sollten beim Herannahen der Roten Armee im letzten Quartier, der Heeres-Reitschule in Krampnitz, verbrannt werden²; es ist jedoch möglich, daß ein Exemplar unter den deutschen Akten war, die nach dem Krieg in die USA verlagert wurden³. Als weitere Schwierigkeit kommt hinzu, daß die Akten dieser Gruppe, obwohl sorgfältig gesichert⁴, im November 1943 nach einem Luftangriff verbrannt sind⁵. Das gleiche gilt für die Schriftstücke, die für die Zeit nach dem Krieg aufbewahrt wurden⁶.

Trotzdem ist es gelungen, wichtiges Quellenmaterial aufzufinden. Dazu gehören an erster Stelle Aktenreste von Personen und Dienststellen, mit denen Moltke dienstlich zu tun hatte. Sie befinden sich heute im Bundesarchiv⁷, im Bundesarchiv/Militärarchiv⁸ und im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes⁹. Dazu kommen noch die vielen, an sich sehr interessanten Briefe Moltkes an seine Gattin aus den Kriegsjahren¹⁰. Sie erwähnen indessen selten ausführlicher, womit Moltke sich da-

¹ Ger van Roon, *Neuordnung im Widerstand, Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, München 1967.

² Briefl. Mitt. Vizeadmiral a. D. L. Bürkner, 2. 9. 1966.

³ Vermutung Dr. C. C. von Pfuels, 2. 11. 1968.

⁴ „Wir sind plötzlich im Mittelpunkt des Interesses, denn alles bemüht sich, unsere Akten zu retten, weil man mit diesen allein sich rechtfertigen kann. Es ist wahnsinnig komisch. Alles hackt auf mir rum, ich sollte meine Akten und mich selbst schleunigst evakuieren.“ (Brief an die Gattin), 5. 8. 1943.

⁵ Vgl. den Brief Moltkes an G. Jaenicke vom 15. 1. 1944 (Anhang).

⁶ Dabei handelt es sich um eine Sammlung völkerrechtswidriger Befehle; es war die Absicht Moltkes, die Autoren dieser Befehle aufgrund dieses Materials nach dem Krieg zur Rechenschaft zu ziehen.

⁷ Restbestände des ehemaligen Reichsjustizministeriums und insbesondere des völkerrechtlichen Referats in diesem Ministerium.

⁸ Restbestände der Abteilung Kriegsgefangene im AWA des OKW, des Sonderstabes HWK, die Handakten Gladisch und die Handakten Widmann, früher in der Dokumentenzentrale des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes.

⁹ Restbestände aus der Rechtsabteilung und Handakten Ritter.

¹⁰ Eine Veröffentlichung dieser Briefe wird z. Zt. vorbereitet. Der Verf. ist Frau Dr. Gräfin von Moltke sehr zu Dank verpflichtet für die Erlaubnis, Zitate aus den Briefen in seine Arbeit aufnehmen zu dürfen.

mals befaßt hat. Erfreulicherweise konnten auch drei Briefe Moltkes an einen ehemaligen Mitarbeiter der Amtsgruppe Ausland-Abwehr gefunden werden¹¹.

Mit besonderem Dank sei die Hilfe erwähnt, die der Verfasser von Personen erhalten hat, die mit Moltke in dienstlichem Verkehr standen, darunter von mehreren ehemaligen Mitarbeitern aus der Gruppe für Kriegs- und Völkerrecht. Dank ihrer Hilfe konnten manche Bemerkungen in den Briefen verständlich gemacht und ausgenutzt werden. Schließlich bedankt sich der Verfasser für die von vielen Seiten freundlich gewährte sachverständige Hilfe¹², die dazu beigetragen hat, daß dieser Aufsatz zum 25. Jahrestag der Hinrichtung Moltkes erscheinen kann.

I. Die völkerrechtliche Gruppe der Abteilung Ausland

Es hat schon im Ministerium ein Völkerrechtsreferat gegeben, das um 1935 der Dr. jur. h. c. Oberst Fonck innehatte. Ihm wurde Ende 1936 der Major und spätere Oberst Dr. Tafel zugeteilt, der nach der Versetzung Foncks Anfang 1937 dessen Nachfolger wurde. Ehe kurz nach Beginn des Zweiten Weltkriegs das Völkerrechtsreferat in der damaligen Abteilung Ausland zu einer völkerrechtlichen Gruppe erweitert wurde, war die Abteilung Ausland neben den drei Abwehr-Abteilungen der Amtsgruppe Abwehr des Admirals Canaris¹³ angegliedert worden¹⁴. Chef dieser Abteilung war bisher ein Oberst des Generalstabs gewesen. Am 1. Juli 1938 wurde jedoch ein Seeoffizier, der damalige Kommandant des Kreuzers Emden, Kapitän zur See Leopold Bürkner, zum Chef ernannt. Zu den vielfältigen Aufgaben der Abteilung Ausland gehörten die Verbindung zwischen Wehrmacht und Auswärtigem Amt, die außen- bzw. militärpolitische Unterrichtung der obersten militärischen Stellen, die Bearbeitung militärischer Fragen, soweit sie das Völkerrecht betrafen, die Auswertung der ausländischen Presse und die Verbindung zu den in Berlin tätigen ausländischen Militär-, Luft- und Marine-Attachés sowie zu den deutschen Militärattachés im Ausland. Obwohl diese Gruppe also seit 1938 organisatorisch dem späteren Amt Ausland-Abwehr unterstand, betrachtete der Wehrmachtführungsstab sie eigentlich immer als sein Organ¹⁵, da der wesentliche Teil ihrer Arbeit in

¹¹ Herrn Prof. Dr. G. Jaenicke verdankt der Verf. die Möglichkeit der Benutzung und Veröffentlichung dieser Briefe (s. dazu den Anhang).

¹² Besonders erwähnt sei hier mit Dank die vom Institut für Zeitgeschichte (Dr. A. Hoch) geleistete Hilfe.

¹³ Vgl. K. H. Abshagen, Canaris, Patriot und Weltbürger, Stuttgart 1949; H. Krausnick, Aus den Personalakten von Canaris, in dieser Zeitschrift, 10 (1962), S. 280 ff.; G. Buchheit, Der deutsche Geheimdienst, Geschichte der militärischen Abwehr, München 1966; K.-J. Müller, Das Heer und Hitler, Stuttgart 1969, S. 641 ff.

¹⁴ Der Grund soll gewesen sein, daß Canaris auf die Verbindung mit den Militärattachés einen hohen Wert legte (Mitt. Bürkner, 13. 7. 1969).

¹⁵ Bei Abgabe der Abwehr an das Reichssicherheitshauptamt (nach dem Sturz von Canaris) erfolgte eine unmittelbare Unterstellung der damaligen Amtsgruppe Ausland unter den Wehrmachtführungsstab.

Verbindung mit dem Wehrmachtführungsstab erledigt wurde. Selbstverständlich entstanden für die Abteilung Ausland auch gewisse Vorteile aus der Unterstellung unter die Amtsgruppe Abwehr.

Im Krieg wurde nun die Gruppe für Kriegs- und Völkerrecht durch Völkerrechtler verstärkt. Am 11. August 1939 fand eine Exkursion von etwa 16 bis 18 Herren der Abteilung Ausland in das Berliner „Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht“ der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft statt¹⁶. Das 1924 gegründete Institut¹⁷ teilte mit dem Schwesterinstitut für ausländisches und internationales Privatrecht die nach der Stechbahn und dem Schloßplatz zu gerichteten oberen Räume des Berliner Schlosses. Ansehen und Arbeit dieses Instituts waren seit seiner Gründung aufs engste mit der Persönlichkeit seines Direktors, des Berliner Ordinarius Viktor Bruns, verknüpft, der persönlichen Charme und fachliche Autorität in sich vereinigte¹⁸.

Dem Nationalsozialismus stand Bruns ablehnend gegenüber, hielt sich aber zurück in dem Bewußtsein, zu einer Generation zu gehören, die nicht mehr an allem aktiv teilnehmen könne¹⁹. Stellvertreter war der Honorarprofessor an der Universität Berlin, Ernst Martin Schmitz, der führend an der Leitung und Ausbildung der Mitarbeiter beteiligt war und dem NS-Regime ebenfalls skeptisch gegenüberstand²⁰.

Am Tag nach der Exkursion rief Major Tafel bei diesen an, um zu fragen, was im Kriegsfall mit dem Institut und seinen Mitgliedern geschehen würde. Zur Klärung dieser Frage wandte Schmitz sich an den zum Kuratorium gehörenden Admiral Walter Gladisch²¹. Zwischen diesem und Bürkner fand dann eine Besprechung statt, bei der von ersterem angeregt wurde, das Institut der Abteilung Ausland zu unterstellen. In der Tat erging am 15. September vom Chef OKW eine Verfügung, die aufgrund der Erfahrung der ersten Kriegswochen die Notwendigkeit betonte, zur Klärung schwieriger völkerrechtlicher Fragen – außer den beim OKW bereits bestehenden völkerrechtlichen Referaten²² – eine „Beratungsstelle für Völkerrecht“ einzurichten. Dafür kämen sowohl das Kaiser-Wilhelm-Institut wie der Kriegsausschuß der 1933 gegründeten „Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehr-

¹⁶ Nach einem Brief von Schmitz im Nachlaß Gladisch; BA-MA, Marinearchiv 7742/3, Teil I (III M 501/t).

¹⁷ Vgl. Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., 1961, Teil II, S. 687 ff.

¹⁸ Vgl. die Reden von Prof. Makarov und Dr. Blass auf der Gedenkfeier für Viktor Bruns im Institut am 28. 9. 1943 (Privatdruck).

¹⁹ Mitt. Dr. H. Strebel, 11. 7. 1969.

²⁰ Vgl. die Reden von Prof. Bruns und Adm. Gladisch bei der Gedächtnisfeier im Institut und am Grab (Privatdruck); Mitt. Strebel, 11. 7. 1969.

²¹ 1933 als Flottenchef verabschiedet; nach Kriegsbeginn Reichskommissar am Oberpreisenhof bis zu seiner Entlassung 1943; stand mit führenden Männern des Widerstands (Canaris, Tresckow) in Verbindung; vgl. Walter Baum, *Marine, Nationalsozialismus und Widerstand*, in dieser Zeitschrift, 11 (1963), S. 16 u. 29; Mitt. Frau F. Hesse, 12. 7. 1969; Mitt. Dr. E. Féaux de la Croix, 9. 7. 1969.

²² Beim Wehrmachtführungsstab und bei der Wehrmachtrechtsabteilung.

wissenschaften“²³ in Betracht. „Das Institut wie der Ausschuß“, heißt es in der Verfügung²⁴, „stehen mit sofortiger Wirkung neben ihren laufenden Arbeiten und Aufgaben dem Oberkommando der Wehrmacht zur Verfügung, ebenso den Wehrmachtsteilen, die entsprechende Anforderungen an das OKW. Abteilung Ausland richten.“

Zum Leiter der völkerrechtlichen Gruppe wurde der Major Dr. Tafel bestellt. Dieser war ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. In der Reichskristallnacht bewies er persönlichen Mut, als er seinen Degen ziehen wollte, um Verfolgte zu schützen²⁵. Als er Ende 1939 durch Briefe aus Polen erfuhr, wie die SS dort vorging, protestierte er heftig dagegen, was Bürkner jedoch mißbilligte²⁶. Auf sein Betreiben wurde Tafel dann auch im September 1941 an die Front versetzt. Offiziell blieb er indessen Gruppenleiter, bis sein Nachfolger eintraf²⁷. Er kannte verschiedene Personen des Widerstandes und war mit den Brüdern Bonhoeffer verwandt, deren Großmutter eine geborene Tafel war²⁸. Sein Nachfolger wurde ein ehemaliger Polizeioffizier namens Werner Oxé. Dieser ließ der Gruppe praktisch vollkommen freie Hand und unterschrieb in aller Regel die von ihr vorbereiteten Schriftstücke²⁹. Die Besetzung der Referate wechselte im Laufe der Zeit. Ende 1941 gehörten der Gruppe Oberst Oxé (Gruppenleiter VI/VIa), Major Dr. Tafel (Gruppenleiter VI/VI z. b.V.), Hauptmann d.R. Prof. Dr. Schmitz (VIc), der Kriegsverwaltungsrat Graf Moltke (VI d), der Kriegsverwaltungsrat von Pful (VIe), der Leutnant d.R. Dr. Jaenicke (VI f) und Dr. jur. h.c. Oberst Fonck (VI s) an³⁰. Jeder von ihnen hatte sein spezielles Arbeitsgebiet, wenn auch häufig andere Referate zu vertreten waren. So waren Schmitz für den Land- und Seekrieg, Graf Moltke für den Wirtschaftskrieg und Jaenicke für Kriegsgefangenenfragen zuständig³¹. Vom Kaiser-Wilhelm-Institut wurden der Gruppe wissenschaftliche Mitarbeiter zur Verfügung gestellt, so von 1939 bis zu seinem Tod im Januar 1942 Prof. Schmitz, von 1942 bis zu seiner Verhaftung im Januar 1944 Prof. Wengler und ab 1944 Prof. Mosler. Die Gruppe befand sich 1939 im Gebäude des OKW am Tirpitzufer 78/80, seit 1942 in einer Villa in der Bendlerstraße/Nähe Tiergarten, dann in einem großen Gebäude an der Ecke Potsdamer Straße/Potsdamer Brücke³². Als Moltke im Januar 1944 verhaftet

²³ Dazu W. Sauer, in: K. D. Bracher, W. Sauer, G. Schulz, Die nationalsozialistische Macht-ergreifung, Köln und Opladen 1962, S. 815 ff.

²⁴ Abschrift im Nachlaß Gladisch (vgl. Anm. 16).

²⁵ Mitt. Bürkner, 13. 7. 1969.

²⁶ Mitt. Dr. W. Tafel, 19. 7. 1969.

²⁷ Im Telefonbuch des OKW, Stand vom 15. 1. 1942, noch als Gruppenleiter VI (VI z. b.V.) bezeichnet (S. 57).

²⁸ Vgl. E. Bethge, Dietrich Bonhoeffer, München 1967, S. 31–34.

²⁹ Briefl. Mitt. Prof. Dr. W. Wengler, 27. 2. 1969.

³⁰ Nach dem Telefonbuch des OKW (vgl. Anm. 27); als Ende 1942 die Abteilung Ausland zur Amtsguppe und die vier unterstellten Gruppen zur Abteilung erhoben wurden, änderten sich die Referatsbezeichnungen, die von Moltke in I B 3, die von Jaenicke in I B 5.

³¹ Mitt. Jaenicke, 11. 7. 1969.

³² Briefl. Mitt. H. Antonius, 11. 5. 1969; Mitt. Wengler, 24. 7. 1962.

wurde, saß die Amtsgruppe in bombensicheren Unterkünften bei Zossen³³, er selbst in der Lanz-Schule in Berlin-Dahlem³⁴.

Im Zuge der Einrichtung der „Beratungsstelle für Völkerrecht“ und der Unterstellung des Kaiser-Wilhelm-Instituts unter die Abteilung Ausland kam Moltke, der bei der Mobilmachung büroverwendungsfähig, aber nicht kriegsdiensttauglich geschrieben worden war³⁵, als Kriegsverwaltungsrat zur völkerrechtlichen Gruppe der Abteilung Ausland. Er war kein Mitglied des Instituts³⁶ gewesen, arbeitete jedoch als Spezialist für englisches Recht an dessen Zeitschrift mit³⁷ und kannte sowohl Prof. Bruns wie auch Prof. Schmitz persönlich. Daher konnte er seiner Frau schreiben: „Bruns und Schmitz verhandeln jetzt mit den verschiedenen Dienststellen der Wehrmacht, um zu erreichen, daß das Institut geschlossen der Wehrmacht unterstellt wird. Sobald das erreicht sein wird, und damit rechne ich eigentlich, wird Bruns mich als Hilfsarbeiter anfordern – vielmehr das ist dem Heer gegenüber bereits geschehen, und ich werde dann unter dem Institut, also in einer ganz harmlosen Stelle, arbeiten.“³⁸ Da Moltke jedoch büroverwendungsfähig geschrieben war, wurde er zum Kriegsverwaltungsrat ernannt und in die völkerrechtliche Gruppe des Amtes Ausland aufgenommen. Uniform trug er niemals, obwohl er dazu aufgefordert wurde³⁹. Besonders eng hat er mit Schmitz zusammengearbeitet. Nach dessen Tod fiel die Hauptlast der Arbeit Moltke zu⁴⁰. Er wurde der Kopf der Gruppe, die sich weithin einig war⁴¹.

Zu Anfang mußten sich die militärischen Stellen erst an die Existenz dieser Gruppe gewöhnen. „Die Initiative ist gering, und wenn nicht von höchster Stelle Interesse für eine völkerrechtliche Frage gezeigt wird, dann ruht hier alles. Dafür läuft sich die Maschine ein und man gewöhnt sich daran, uns im laufenden Geschäftsverkehr zu fragen, wenn auch regelmäßig zu spät . . . Die Arbeit ist noch längst nicht befriedigend, und unsere Hauptaufgabe ist nach wie vor, daß Schmitz und ich versuchen, uns Ellenbogenfreiheit zu verschaffen, um wirklich etwas leisten zu können.“⁴² Die Gruppe hatte keine Weisungsbefugnis, sondern konnte ihre Ansichten nur gutachtlich vortragen. Daher schrieb Moltke: „Da ich aber nicht selbst handeln kann, sondern mich darauf beschränken muß, anderen Argumente zu liefern, die diese zum Handeln treiben, so ist jeder Schritt mit einer unsäglichen

³³ Briefl. Mitt. von Pfuel, 22. 5. 1969.

³⁴ Brief Moltkes, 29. 12. 1945.

³⁵ Brief Moltkes, 21. 9. 1939.

³⁶ Mitt. Strebels, 11. 7. 1969; briefl. Mitt. Frau L. Boedeker, 27. 1. 1969.

³⁷ Beiträge Moltkes, z. B. im Band V (1935), VII (1937), IX (1939).

³⁸ Brief Moltkes, 5. 9. 1939.

³⁹ Wilhelm Wengler, H. J. Graf von Moltke, in: Die Friedens-Warte 48 (1948), S. 298.

⁴⁰ Briefl. Mitt. Bürkner, 9. 6. 1963.

⁴¹ „Die große Linie war in der praktischen Arbeit so selbstverständlich, daß man mit Moltke von vornherein über die Antwort auf jede konkrete Frage einig war.“ (Wengler, a. a. O., S. 299); dazu auch Mitt. Jaenicke, 11. 7. 1969.

⁴² Briefe Moltkes, 26., 28. 9. 1939.

Anstrengung verbunden.⁴³ Wenn auch der Wirkungskreis der Gruppe sehr beschränkt und sie nur für das Gebiet der Wehrmacht zuständig war, so können doch mehrere Beispiele erwähnt werden, wo es gelungen ist, „im Detail Unglück zu verhüten“⁴⁴.

Das Interesse der Armee für völkerrechtliche Fragen war an sich gering. Die Kriegsmarine war schon im Frieden laufend mit militärischen Aspekten des Völkerrechts befaßt; sie arbeitete daher auf diesem Gebiet in hohem Maß selbständig. Die Luftwaffe aber ging auch hier aufgrund der besonderen Stellung ihres Oberbefehlshabers gern eigene Wege. Nur das Heer war sehr auf die völkerrechtliche Gruppe angewiesen. Da es im Frieden wenig mit dem Völkerrecht zu tun gehabt hatte, bestand unter den Generalen große Unkenntnis auf diesem Gebiet. Als der niederländische Oberbefehlshaber, General Winkelman, nach der Kapitulation zum Wehrmachtbefehlshaber in den Niederlanden, General Christiansen, sagte, er nähme an, dieser würde sich an das Völkerrecht und die Haager Konvention halten, antwortete Christiansen: „Herr General, haben Sie in der Schule je etwas vom Völkerrecht gehört? Ich nicht. Völkerrecht ist etwas, das gibt es nur in der Zeitung.“⁴⁵

Bei seiner Arbeit wurde Moltke besonders von dem Amtschef, Admiral Canaris, unterstützt. Er konnte sich immer darauf berufen, daß dieser ihm ausdrücklich aufgetragen habe, darauf zu achten, daß geltendes Kriegsrecht auch beachtet werde⁴⁶. Moltke kam oft zu Canaris⁴⁷, und dieser erteilte Moltke auch unmittelbar eigene Aufträge⁴⁸. So bestand zwischen ihnen ein besonderes Vertrauensverhältnis⁴⁹. Anderen gegenüber hat Canaris den Namen Moltke mehrfach lobend erwähnt und dabei auch dessen Gegensatz zu Hitler betont⁵⁰. Moltke wiederum ließ die wichtigsten Sachen nicht durch seine Abteilungschefs unterzeichnen, sondern legte sie Canaris selbst vor⁵¹. So stellte sich ein weitgehendes Einverständnis zwischen Canaris, dessen Denken Moltke zu Anfang allzu primitiv-militärisch erschienen war⁵², und Moltke ein, nachdem seine Arbeit dem Amtschef besser bekannt geworden war. Schon im April 1941 schrieb Moltke darüber: „Mir jedenfalls war es angenehm zu wissen, wo Canaris steht.“⁵³ Als die Schwierigkeiten zwischen Abwehr und SD größer wurden, hielt Canaris sich jedoch mehr im Hintergrund, auch waren ihm die Ausarbeitungen der Gruppe manchmal zu scharf⁵⁴. Dazu Moltke: „Mit Bürkner

⁴³ Brief Moltkes, 17. 11. 1939.

⁴⁴ Brief Moltkes, 10. 11. 1939.

⁴⁵ Brief Moltkes, 5. 6. 1943.

⁴⁶ Wengler, a. a. O., S. 298/9; Mitt. Tafel, 19. 7. 1969.

⁴⁷ Briefl. Mitt. Frau Wera Schwante, 21. 2. 1969; Mitt. Jaenicke, 11. 7. 1969.

⁴⁸ Briefl. Mitt. Bürkner, 2. 8. 1963.

⁴⁹ W. Schwante; W. Tafel.

⁵⁰ Briefl. Mitt. Generaloberst a. D. F. Halder, 9. 8. 1963.

⁵¹ Mitt. Wengler, 24. 7. 1962; Mitt. Jaenicke, 11. 7. 1969.

⁵² Brief Moltkes, 14. 4. 1940; ein Beweis für die Distanz Canaris' zu Moltke in der damaligen Zeit.

⁵³ Brief Moltkes, 30. 4. 1941.

⁵⁴ Briefl. Mitt. Dr. O. Reichel, 10. 10. 1968.

hatte ich heute morgen eine Aussprache über die Schwächeanfalle des kleinen Matrosen⁵⁵ und sagte ihm, so ginge das nicht. Bürkner war verständig und hat mir erlaubt, diese Sache dem kleinen Matrosen unter vier Augen vorzutragen.⁵⁶

Zäh und geduldig führte Moltke viele Verhandlungen mit den verschiedenen Dienststellen und konnte dabei manchmal Teilerfolge erzielen, wenn er auch gelegentlich resigniert feststellte: „Wer den Ehrgeiz hat, seine Vorschläge verwirklicht zu sehen, braucht nicht zu uns zu kommen.“⁵⁷ Nicht einmal durch den Wortlaut von Führerbefehlen ließ er sich in seinen Bemühungen und Kämpfen hindern, und als er einmal auf den Gegensatz zwischen seinem Wunsch und einem Führerbefehl hingewiesen wurde, erwiderte er: „Aber, meine Herren, Sie können sich doch nicht hinter einem Führerbefehl verkriechen. Wir würden doch unsere Pflicht dem Führer gegenüber auf das Größte verletzen, wenn wir hinter unseren ruhigen Schreibtischen zu feige wären, dem Führer zu sagen, daß er bei Erlaß jenes Befehls falsch beraten worden ist und wenn wegen dieser unserer Feigheit draußen unsere Leute umgelegt werden.“⁵⁸ Der wesentliche Teil der Arbeit wurde in Verbindung mit dem Wehrmachtsführungsstab abgewickelt oder in Moltkes Worten mit der „Mördergrube von führerhörigen Generälen und Offizieren des OKW“⁵⁹. Der Chef des OKW hat bei einer gewissen Anzahl von größeren Aktionen, besonders in späterer Zeit⁶⁰, die Abteilung Ausland über die völkerrechtliche Lage befragt und jedesmal schriftlich die Antwort erhalten, daß solche Maßnahmen nicht dem Völkerrecht entsprächen. Diese Antworten haben vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg noch eine Rolle gespielt⁶¹. Manchmal war die Abteilung Ausland aber erst nachträglich oder gar nicht⁶² unterrichtet worden. Es ist dann mehrmals Einspruch beim OKW eingelegt worden. Auf Vorhaltungen von dort, die Abteilung solle nur eine völkerrechtliche Begründung für die betreffenden Maßnahmen finden, wurde geantwortet, sie könne verantwortlich nur zum Ausdruck bringen, was rechtens sei. Die Mehrzahl dieser völkerrechtlichen Gutachten war maßgeblich von Moltke bestimmt⁶³.

Eine weitere Verbindung bestand zur Wehrmachtsrechts-Abteilung unter Ministerialdirektor Lehmann. Sie koordinierte die Rechtsprechung aller Wehrmachts-teile und bearbeitete die Gesetzesangelegenheiten. Der Chef dieser Abteilung hatte zusätzlich die Funktion eines Rechtsberaters beim Chef OKW. Zu ihr und ihren

⁵⁵ Damit ist Canaris gemeint.

⁵⁶ Brief Moltkes, 5. 5. 1943.

⁵⁷ Wengler, a. a. O., S. 302.

⁵⁸ Brief Moltkes, 17. 6. 1943.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ Vgl. den Brief Moltkes an Jaenicke, 15. 1. 1944, im Anhang.

⁶¹ U. a. EC 538, PS 1263, NOKW 985, PS 1279 u. 1265; dazu auch NOKW 2318 (eidesstattliche Erklärung Vizeadmiral Bürkners).

⁶² Z. B. bei dem Kommissar-Befehl und bei dem „Nacht und Nebel“-Befehl (Mitt. Tafel, Jaenicke, Wengler).

⁶³ Briefl. Mitt. General der Artillerie a. D. W. Warlimont, 4. 9. 1963.

völkerrechtlichen Referenten Wagner⁶⁴ und Waltzog⁶⁵ hatte die Abteilung Ausland keine besonders freundlichen Beziehungen. Man war dort mehr geneigt, den Wünschen der politischen Führung nachzugeben und das Völkerrecht entsprechend zu interpretieren, während die Abteilung Ausland eher die völkerrechtlichen Schranken zu betonen suchte⁶⁶.

Eng hingegen arbeitete Moltke mit Völkerrechtlern wie Berthold Schenk Graf von Stauffenberg und Curt Eckhardt zusammen. Berthold Stauffenberg, ein Bruder von Claus Stauffenberg, war schon im Jahr 1929 in das Kaiser-Wilhelm-Institut eingetreten. Mit Prof. Schmitz hatte er die Fähigkeit, rasch das Wesentliche zu erfassen, die Sparsamkeit in Worten und die selbstlose Hingabe an die Sache gemeinsam⁶⁷. Von 1931 bis Ende 1933 war er *secrétaire-rédacteur au greffe de la Cour Permanente de Justice Internationale* bei Hjalmar Hammarskjöld. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland wurde er wissenschaftliches Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts und seit 1935 war er Mitherausgeber seiner Zeitschrift. In den 30er Jahren wandte Stauffenberg sich zunehmend dem Kriegsrecht und besonders dem Priserecht zu. Zusammen mit Moltke gehörte er dem Ausschuß zur Fortbildung des Kriegsrechts an⁶⁸. Während des Krieges war er im Völkerrechtsreferat der Seekriegsleitung tätig. Leiter dieses Referats war Curt Eckhardt, den Moltke durch Stauffenberg kennenlernte⁶⁹. Eckhardt war ein stiller, etwas kränklicher alter Herr,

⁶⁴ Bezeichnend für das Verhältnis Moltkes zu Wagner ist das folgende Zitat: „Der heutige Tag litt etwas darunter, daß ich um $\frac{1}{2}$ 1 Uhr aufbrechen mußte, um mit Oxé einen meiner intimsten Gegner aus dem OKW, Geheimrat Wagner, zu beerdigen. Er ist mit über 70 Jahren jetzt gestorben und ich kann nur sagen, 5 Jahre zu spät. Vieles hätte verhütet werden können, wenn der zähe, eigensinnige, alte Mann nicht dagewesen wäre. Er hieß bei uns nur der Giftzweig. Er war ein hervorragender Straffjurist und betrachtete alles unter rein innerstaatlichen Gesichtspunkten.“ (Brief Moltkes, 22. 10. 1943).

⁶⁵ Nach dem Tode Wagners hatte sich das Verhältnis jedenfalls zeitweise etwas gebessert: „Mit WR [Wehrmachtrechtsabteilung] stehen wir natürlich eng, Waltzog kommt 2 bis 3 Mal die Woche zu uns, und es geht von ihm kein wesentliches Schreiben heraus, ohne daß wir es vorher gesehen hätten.“ (Brief Moltkes an Jaenicke, 15. 1. 1944, im Anhang.)

⁶⁶ Briefl. Mitt. Wengler, 27. 2. 1969; vgl. auch die Ausgabe der Nürnberger Prozeßakten (dt. Ausgabe), Bd. XXVII, S. 78/85.

⁶⁷ Nach dem Nachruf von H. Strebel, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Bd. XIII (1950/51), S. 14. Über ihn auch der Nachruf von Makarov, in: Die Friedens-Warte, 47 (1947), S. 360ff. und Walter Baum, a. a. O. Stauffenberg hatte mit Mitgliedern des Instituts verabredet, daß dieses sich nach einem gelungenen Umsturz der neuen Reichsregierung zur Verfügung stellen würde. Noch wenige Tage vor dem 20. Juli 1944 war er im Institut und bat um ein Gutachten, welche völkerrechtlichen Verträge es gebe und wie sich eine neue Regierung diesen gegenüber zu verhalten habe. Anfang 1943 hatte Bruns bereits angedeutet, daß das Institut nach einer Änderung des Systems dem Auswärtigen Amt zur Verfügung stehen würde (Mitt. H. Mosler, 11. 7. 1969; vgl. auch Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft, 1961, Teil II, S. 696).

⁶⁸ Vgl. S. 40.

⁶⁹ „Eckhardt habe ich inzwischen in einigen Besprechungen und Sitzungen erlebt.“ (Brief Moltkes an Berthold Stauffenberg, 7. 9. 1940, im Nachlaß Gladisch.)

sehr vorsichtig und zurückhaltend⁷⁰; ab und zu versuchte er allerdings unverständlicherweise bestimmte Maßnahmen der Seekriegsleitung zu verteidigen⁷¹.

Zu Beginn seiner Tätigkeit bei der Abteilung Ausland arbeitete Moltke auch noch im Kaiser-Wilhelm-Institut. Später erschien er wegen Arbeitsüberlastung dort nur noch zur Besprechung von Fragen des Völkerrechts im Krieg⁷². Er und Berthold Stauffenberg trugen ihre Fragen vor⁷³, um mit Hilfe des Instituts⁷⁴ eine Handhabe zur Durchsetzung völkerrechtlich vertretbarer Lösungen zu erhalten⁷⁵. Der Tenor dieser Besprechungen war politisch eindeutig im Sinne einer Ablehnung des NS-Regimes und seines Vorgehens. Nach dem Tode von Professor Bruns im September 1943 versuchten Moltke und Wengler über die Wehrmacht bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu erreichen, daß Berthold Stauffenberg zumindest provisorisch zum Direktor ernannt werde⁷⁶. Das erwies sich jedoch als undurchführbar. Um aber auch weiterhin die notwendige Zusammenarbeit zwischen Theorie und Praxis sicherzustellen, fanden Stauffenberg und Moltke schließlich eine andere Lösung. Stauffenberg rief als Leiter der Kriegsrechtsabteilung einzelne Mitglieder des Instituts zusammen⁷⁷, mit denen Moltke dann die wichtigeren Fragen besprechen konnte. So fanden am 6. Dezember 1943 und am 13. Januar 1944 im Institut aus Anlaß eines vom OKW zu entscheidenden praktischen Falles Unterredungen über die völkerrechtliche Bedeutung der Rückführung von Kriegsgefangenen in die Kriegsgefangenschaft statt⁷⁸. Auf den Inhalt dieser Besprechungen wird später eingegangen⁷⁹. Von Moltke wurden hinterher Gutachten über diese Fragen angefor-

⁷⁰ Briefl. Mitt. K. Bauch, 15. 5. 1969.

⁷¹ Mitt. Féaux de la Croix, 9. 7. 1969; vgl. auch die Beiträge Eckhardts, in: Walter Gladisch, Berthold Widmann, Grundfragen des Seekriegsrechts im Zweiten Weltkrieg, Berlin 1944.

⁷² Briefl. Mitt. Mosler, 17. 12. 1968 u. 16. 1. 1969.

⁷³ „Gestern Nachmittag und Abend haben wir einige Sachen im Institut besprochen. Dadurch hoffe ich, jetzt wenigstens 2 sehr wichtige Sachen so fundiert zu bekommen, daß ich ruhig darüber schlafen kann.“ (Brief Moltkes, 27. 10. 1943.)

⁷⁴ Ein Gutachten über die gewohnheitsrechtliche Behandlung der Besatzungen aufgebrachtter feindlicher oder neutraler Handelsschiffe, 2. 4. 1941 (Abschrift, in: Auswärtiges Amt, Rechtsabteilung, Akten Völkerrecht-Kriegrecht, Bd. 11, Nr. 4); ein anderes, von Dr. Bloch, über Neubauten norwegischer Schiffe in Schweden; vgl. dazu die Briefe Moltkes an Jaenicke, 4. 3. u. 20. 4. 1943 im Anhang (Abschrift, in: Akten Völkerrechtsreferat Reichsjustizministerium, BA: R 22/20213).

⁷⁵ Zu der Aktivität des Instituts auf diesem Gebiet in den ersten Jahren des Krieges, als Bruns noch Direktor war, vgl. Conrad Roediger, Versuche zur Erhaltung des humanitären Völkerrechts nach 1933, in: Andreas Flitner (Hrsg.), Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, Tübingen 1966, S. 184ff.

⁷⁶ Briefl. Mitt. Wengler, 27. 2. 1969.

⁷⁷ Dazu gehörten Dr. Friede, Dr. Bloch, Dr. Wengler, Dr. Mosler und Frau Dr. Auburtin (Brief Moltkes an Jaenicke, 15. 1. 1944 im Anhang).

⁷⁸ An der Sitzung vom 6. 12. nahmen teil: Graf Moltke, Graf Stauffenberg, Dr. Friede, Frau Dr. Auburtin, Dr. Bloch und Dr. Mosler; an der Sitzung vom 13. 1.: Graf Moltke, Kriegsgerichtsrat Branntweiner, Graf Stauffenberg, Dr. Friede und Dr. Mosler (Nach einer Niederschrift im Besitz von Prof. Dr. H. Mosler, dem ich die Erlaubnis zur Einsichtnahme verdanke).

⁷⁹ Dazu vgl. S. 54.

dert, die jedoch keine offiziellen Gutachten des Instituts sein konnten, sondern nur den Wert von Stellungnahmen einzelner Mitarbeiter hatten⁸⁰.

Der Vollständigkeit halber sei hier die tägliche Routinearbeit Moltkes kurz geschildert. Er mußte aus den anfallenden Unterlagen – z. B. entzifferten Feindbefehlen, Aufsätzen militärischer Zeitschriften, Nachrichten von Abwehr-Leitstellen und V-Männern, Berichten der deutschen Militärattachés und dem Durchdruck sämtlicher Berichte deutscher Auslandsmissionen an das Auswärtige Amt – kurze Stellungnahmen oder Gutachten zu völkerrechtswidrigen Vorgängen anfertigen. Wichtige Informationen wurden dann an die interessierten Personen weitergeleitet⁸¹. Außerdem gehörten dazu Stellungnahmen der Abteilung Ausland zu Grundsatzbefehlen der obersten militärischen Dienststellen, einschließlich des OKW, sofern sie völkerrechtlich relevant waren. Aus mehreren von ihnen geht hervor, wie sehr die Gruppe versuchte, Schlimmeres zu verhüten.

Moltkes Spezialgebiet innerhalb der völkerrechtlichen Gruppe war die Wirtschaftskriegführung. Nach der Versetzung Jaenickes an die Front⁸² kamen Kriegsgefangenenprobleme hinzu. Als Vertreter der Abteilung Ausland nahm Moltke an Sitzungen des Sonderstabes für Handelskrieg und wirtschaftliche Kampfmaßnahmen (HWK)⁸³ und an Besprechungen beim Wirtschafts- und Rüstungsamt über Warenverkehr mit dem unbesetzten Frankreich teil⁸⁴. Weil der Seekrieg weitgehend den Charakter eines Wirtschaftskrieges besaß, mußte Moltke sich auch häufig mit Schiffsangelegenheiten befassen, u. a. bei einer Sitzung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete über die Verwendung ehemaliger baltischer Schiffe⁸⁵. Seit Herbst 1940 beschäftigte er sich mit dem Problem des Baus norwegischer Schiffe in Schweden. Das kostete ihn viel Zeit⁸⁶ und brachte ihn überdies in Konflikt mit dem Auswärtigen Amt⁸⁷. Nach der Konferenz von Adana⁸⁸ kam infolge der veränderten Haltung der Türkei die Frage der Donauschiffe in Istanbul dazu⁸⁹. Die Schiffsangelegenheiten brachten für Moltke jedoch auch die Möglichkeit, ins Ausland zu reisen, was er gleichzeitig für seine Widerstandsarbeit ausnützen konnte⁹⁰. So fanden vom 15. bis 27. März 1943 in Oslo und Stockholm Besprechun-

⁸⁰ Vgl. Moltkes Brief an Jaenicke, 15. 1. 1944, im Anhang.

⁸¹ So wurde auf Veranlassung von Moltke und Schmitz dem Admiral Gladisch ein Leitartikel aus der *Washington Post* vom 11. 5. 1941 über die voraussichtliche Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik und die Rolle Roosevelts dabei übersandt (Kopie mit Begleitbrief im Nachlaß Gladisch).

⁸² Ende 1942.

⁸³ Dazu S. 26 ff.

⁸⁴ Z. B. am 15. und 22. 7. 1940 (BA-MA, Wol-7/227).

⁸⁵ Niederschrift, Ergebnis der Sitzung, Abschrift, in: BA: R 22 Gr. 5-20218.

⁸⁶ Z. B. am 30. 6. 1943 im Auswärtigen Amt (BA: R 22/vorl. 20215).

⁸⁷ Beispiele in BA: R 22/vorl. 20215.

⁸⁸ Am 30. 1. 1943 fand in Adana an der türkisch-syrischen Grenze eine geheime Unterredung zwischen der türkischen Regierung und Churchill statt.

⁸⁹ So nahm er am 25. 8. 1943 und noch am Tag seiner Verhaftung, dem 17. 1. 1944, an Sitzungen über diese Angelegenheit im Auswärtigen Amt teil (BA: R 22/vorl. 20210).

⁹⁰ Ger van Roon, a. a. O., S. 314 u. 318.

gen über den Neubau norwegischer Schiffe auf schwedischen Werften statt⁹¹ und im Juni bzw. Dezember 1943 Verhandlungen über beschlagnahmte Donauschiffe in Istanbul⁹².

Im folgenden werden einige Beispiele angeführt für die Bemühungen der völkerrechtlichen Gruppe, Schlimmeres zu verhüten. Kurz nach Ausbruch des Krieges nahm Moltke im Auftrag des Chefs der Abteilung Ausland an einer vom Justizministerium anberaumten Sitzung teil, in der über den Erlass einer Verordnung zur Abwesenheitspflugschaft entschieden werden sollte. Innen-, Wirtschafts- und Finanzministerium hatten ihre Ansprüche auf die für später beabsichtigte Beschlagnahme angemeldet. Moltke schrieb darüber in seinem Bericht: „Ich bin der Meinung, daß die Wehrmacht ein erhebliches Interesse an der endgültigen Regelung des feindlichen Vermögens hat, und zwar sowohl wegen der wirtschaftlichen Bedeutung wie wegen des Einflusses, den die Art dieser Regelung auf die Haltung der Neutralen haben kann.“⁹³ Der Hinweis auf den Eindruck einer bestimmten deutschen Maßnahme im feindlichen oder neutralen Lager wurde öfters von der Gruppe als wirksame Waffe benutzt. So von Schmitz, als er im Februar 1940 nach der Versenkung der niederländischen „Burgerdijk“ durch ein deutsches U-Boot anregte, die Völkerrechtswidrigkeit spontan zuzugeben und Schadenersatz in Aussicht zu stellen. Er schrieb dazu: „Damit würde der feindlichen Propaganda, ehe sie voll sich auswirken kann, der Boden entzogen; unsere Position würde überdies in allen zweifelhaften Fällen gestärkt, wenn wir darauf hinweisen könnten, daß wir da, wo wirklich unrechtmäßig vorgegangen worden ist, uns nicht scheuten, das zuzugeben und freiwillig den entstandenen Schaden wiedergutzumachen bereit wären.“⁹⁴

Als in einer Ressortbesprechung beim Reichsjustizminister eine Verordnung über die Einziehung jüdischen Vermögens im besetzten Gebiet verhandelt wurde, erhob der Vertreter der Abteilung Ausland, Jaenicke, der dort das gesamte OKW vertrat, Einspruch und betonte, daß der Vorschlag völkerrechtswidrig sei. Dieser Standpunkt ist auch in einer Aktennotiz festgehalten⁹⁵.

Ein anderes Beispiel ist die Frage des Vorgehens gegenüber Portugal. Als die Seekriegsleitung der Meinung war, daß durch den Kriegseintritt Brasiliens (Sommer 1942) eine neue Lage geschaffen sei, die einem auf den Nordamerikaverkehr beschränkten Abkommen mit Portugal seinen Wert nehmen würde, und daß deshalb von Portugal beschleunigt ein umfassenderes Abkommen verlangt werden

⁹¹ Bericht über das Ergebnis der Besprechungen, in: BA: R 22/20213.

⁹² Ger van Roon, a. a. O., S. 318.

⁹³ Ausl. VI d, 28. 9. 1939 (BA: MA, Wol-7/220; vgl. dazu auch den Brief Moltkes, 18. 10. 1939: „Ich soll ein Referat über die Beschlagnahme feindlichen Eigentums vor den Referenten der zuständigen Ministerien halten. Es wird wohl aber erst in einer Woche soweit sein. Im Grunde paßt mir das. Man kann dabei doch manchen Unfug verhüten.“

⁹⁴ Ausl. VI c, 24. 2. 1940 (Auswärtiges Amt, Rechtsabteilung, Akten Kriegsrecht-Seekrieg, Völkerrecht, Bd. 9, Nr. 4).

⁹⁵ Mitt. Jaenicke, 11. 7. 1969. Obwohl der Verf. sich daran erinnert, beim Aktenstudium diese Notiz gesehen zu haben, konnte sie bisher in den Beständen des ehemaligen Reichsjustizministeriums im Bundesarchiv nicht ermittelt werden.

müsse, und zwar mit Hilfe der Drohung, die bisher stillschweigend geübte Schonung portugiesischer Schiffe im Operationsgebiet der deutschen Flotte noch im Laufe des September zu beenden, schrieb Moltke in einer Stellungnahme: „Mit Rücksicht darauf, daß die Stellungnahme der Portugiesischen Regierung schon bisher, soweit wir unterrichtet sind, unmittelbar von Salazar festgelegt worden ist, und mit Rücksicht darauf, daß sie auf völkerrechtlichen Grundsätzen beruht, von denen Portugal sehr schlecht lassen kann, nachdem es sie einmal eingenommen hat, schließlich mit Rücksicht darauf, daß während dieses ganzen Krieges Salazar auf Drohungen, sei es von englischer Seite, sei es von deutscher Seite, meist negativ reagiert hat, ist zu fürchten, daß uns die von der Seekriegsleitung vorgeschlagene Art des Vorgehens in einen Konflikt mit Portugal hineinführen muß, in dem wir mit Versenkung portugiesischer Schiffe antworten müssen. Eine derartige Konsequenz rückt Wirkungen sowohl in Europa wie in Südamerika in den Bereich der Möglichkeiten, die nach allen Seiten hin überprüft werden müssen.“⁹⁶

Als letztes Beispiel sei der Fall des spanischen Fracht- und Passagierschiffs „Monte Corbea“ genannt, das auf dem Weg von Argentinien nach Portugal am 19. September 1942 – sechzig Seemeilen östlich von Martinique – ohne vorausgegangene Warnung torpediert wurde. Das Auswärtige Amt wollte der spanischen Regierung lediglich Ersatz des Schiffes in Geld anbieten. Moltke hingegen hat sich dafür eingesetzt, daß dem Wunsch der spanischen Regierung auf Ersatz des versenkten Schiffes in natura zugestimmt werde. Als dann Bürkner auf Bitten Moltkes in telefonischer Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt entschieden für eine solche Regelung eintrat, hatte dies zur Folge, daß das Auswärtige Amt sich der abweichenden Meinung der Abteilung Ausland anschloß und der spanischen Regierung ein deutsches Schiff anbot⁹⁷.

Auf die Dauer aber wurde es für Moltke und seine Mitarbeiter immer schwieriger, etwas zu verhindern. Vieles wurde ihnen gar nicht mehr vorgelegt und oft erreichten Vorgänge sie erst nachträglich, weil man ihre abweichende Meinung voraussetzte. Zu Beginn seiner Arbeit in der Abteilung Ausland hatte Moltke erwartungsvoll geschrieben: „Wer aber jeden Tag weiß, was gut ist und was böse und daran nicht irre wird, wie groß auch der Triumph des Bösen zu sein scheint, der hat den ersten Stein zur Überwindung des Bösen gelegt.“⁹⁸ Ende 1941 jedoch, an einem Tag voll grauenhafter Nachrichten, klagte er: „Das, was mir augenblicklich am nächsten geht, sind die mangelhaften Reaktionen des Militärs . . . Neue, schreckliche Befehle werden gegeben und niemand scheint etwas dabei zu finden. Wie soll man die Mitschuld tragen? . . . Mach ich mich nicht mitschuldig? Was sage ich, wenn man mich fragt: und was hast Du während dieser Zeit getan? . . . Wie kann jemand so etwas wissen und dennoch frei herumlaufen? Mit welchem Recht? Ist es nicht unvermeidlich, daß er dann eines Tages auch dran kommt und daß man ihn

⁹⁶ Ausl. VI d, 4. 9. 1942 (BA: MA, Wol-7/220).

⁹⁷ Notizen und Aktenvermerke Ausl. I B 3, 29. 10., 30. 10., 3. 11. 1942, ebenda.

⁹⁸ Brief Moltkes, 1. 6. 1940.

auch in die Gosse rollt? Das alles sind ja nur Wetterleuchten, denn der Sturm steht vor uns. Wenn ich nur das entsetzliche Gefühl los werden könnte, daß ich mich selbst habe korrumpieren lassen, daß ich nicht mehr scharf genug auf solche Sachen reagiere, daß sie mich quälen, ohne daß spontane Reaktionen entstehen.“⁹⁹ Mehrere Stellen in Moltkes Briefen beweisen, wie sehr er gerade die Hitlerhörigkeit der meisten Generale mißbilligte und verachtete. Für ihn waren sie Menschen, die nur Freude an Operationen und Siegen¹⁰⁰ hatten und dafür alles mitmachten¹⁰¹. So schrieb er Anfang 1942: „Und die Soldaten sehen das immer noch nicht. Sie sind eben keine Feldherren, sondern Techniker, Militärtechniker und das ganze (der Rußlandfeldzug) ist ein gigantisches Verbrechen.“¹⁰² Offen äußerte er seine persönliche Meinung auch bei einer Diskussion über die Berechtigung eines Mordbefehls Hitlers: „Solange es für mich Befehle gibt, die durch keinen Führerbefehl aufgehoben und denen auch gegen einen Führerbefehl Folge geleistet werden muß, kann ich solche Sachen nicht durchgehen lassen, denn für mich steht eben der Unterschied zwischen Gut und Böse, Recht und Unrecht a priori fest. Das ist kein Gegenstand von Zweckmäßigkeitserwägungen der Argumente.“¹⁰³ Hier standen Weltanschauungen gegeneinander. Durch solches Verhalten in einer Zeit, in der die radikaleren Elemente des nationalsozialistischen Regimes stark an Einfluß gewannen, exponierte sich Moltke immer mehr. Er wurde lästig, und schließlich konnte ein Vorwand gefunden werden, ihn auszuschalten. Seine Verhaftung kann zugleich als Teil des Schlags des Reichssicherheitshauptamtes gegen das Amt Ausland-Abwehr des Admirals Canaris betrachtet werden¹⁰⁴. Zwei Tage vorher¹⁰⁵ war bereits einer seiner Mitarbeiter (Wengler) verhaftet worden¹⁰⁶. Der starke Einfluß der völkerrechtlichen Gruppe und insbesondere ihres Kopfes, Moltke, wurde für gefährlich gehalten, weil er im Sinne des NS-Regimes „zersetzend“ wirkte.

Nach seiner Verhaftung hat Moltke in Ravensbrück, wo Oxé ihn besuchen durfte, noch eine Zeitlang für seine Abteilung Akten bearbeitet. Auf eine Anfrage der Amtsgruppe Ausland, ob Moltke nicht wieder auf freien Fuß gesetzt werden könne, da er für Belange des militärischen Völkerrechts dringend gebraucht werde, soll Himmler nicht ablehnend geantwortet, gleichzeitig aber bemerkt haben, es sei schon ein anderer Arbeitsplatz für ihn vorgesehen. Auf einen weiteren schriftlichen

⁹⁹ Brief Moltkes, 21. 10. 1941.

¹⁰⁰ Brief Moltkes, 14. 4. 1940.

¹⁰¹ Brief Moltkes, 22. 4. 1940.

¹⁰² Brief Moltkes, 6. 1. 1942.

¹⁰³ Brief Moltkes, 5. 11. 1942.

¹⁰⁴ Dazu z. B. G. Buchheit, a. a. O., S. 416; K. D. Bracher, *Die deutsche Diktatur*, Köln, 1969, S. 485; P. Hoffmann, *Widerstand – Staatsstreich – Attentat*, München 1969, S. 345 ff.

¹⁰⁵ In seinem Urteil vom 25. 1. 1962 hat das Kammergericht Berlin noch die irrige Auffassung vertreten, die Verhaftung Moltkes beziehe sich auf seine Leitung des Kreisauer Kreises, und daher dem Kampf der völkerrechtlichen Gruppe die Bezeichnung „Widerstand“ abgesprochen. Damit werden diesem Begriff jedoch zu enge Grenzen gezogen.

¹⁰⁶ Vgl. den Brief Moltkes an Jaenicke, 15. 1. 1944, im Anhang.

Vorschlag, in dem es hieß, man solle doch wenigstens den Arbeitseinsatz auf seinem Familiengut Kreisau gestatten, erging keine Antwort mehr, da inzwischen aufgrund der Verhaftungen im Zusammenhang mit dem 20. Juli einiges über Moltkes Tätigkeit im Widerstand bekanntgeworden war¹⁰⁷.

II. Sonderstab für Handelskrieg und Wirtschaftliche Kampfmaßnahmen (HWK)

Rein chronologisch gesehen war Moltkes Tätigkeit beim Sonderstab HWK seine erste besondere Verwendung neben der Arbeit in der Abteilung Ausland. Der Sonderstab HWK war Ende Oktober 1939 gebildet worden und hatte die Aufgabe, alle Angelegenheiten zusammenzufassen, die Handelskrieg und wirtschaftliche Kampfmaßnahmen betrafen. Vorher waren diese bei der Wehrmacht und den verschiedenen Ministerien – vielfach ohne daß einer von der Arbeit des anderen wußte – bearbeitet worden. Das hatte in der Praxis zu Überschneidungen geführt¹⁰⁸, weshalb am 23. Oktober ein Führererlaß erging¹⁰⁹, demzufolge „für eine einheitliche Lenkung dieser Fragen“ ein „Führungsstab“ mit direkter Unterstellung unter das OKW eingesetzt werden sollte. Um aber zu gewährleisten, daß keine Stelle in noch so beschränktem Umfang eigene Politik betreiben konnte, wurden dem Beauftragten für den Vierjahresplan, dem Reichsminister des Auswärtigen, dem Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft und den Oberbefehlshabern der Wehrmachtsteile aufgegeben, sich in diesem Stab vertreten zu lassen.

Leiter des Sonderstabes HWK waren der Reihe nach Admiral Karlgeorg Schuster (bis Ende Mai 1940¹¹⁰), Admiral Dr. Groos¹¹¹ (bis 30. 6. 1944 und ab September 1944 bis Mai 1945) und Admiral Canaris (1. bis 21. Juli 1944). Der eigentliche Arbeitsstab war klein; er umfaßte neben einem älteren Seeoffizier als Chef des Stabes noch zwei bis drei ständige Referenten. Chef des Stabes war Kapitän zur See Weichold¹¹². Nach seiner Abkommandierung im Sommer 1940¹¹³ wurde diese Stelle nicht wieder besetzt. Sachbearbeiter für das Ressort Heer war bis 1942 etwa Major Kayser; danach wurde dieses Gebiet vom Sachbearbeiter für Fragen der Luftwaffe mitübernommen. Diese Stelle hatte zunächst Oberstleutnant Veltgens und ab 1941 etwa

¹⁰⁷ Briefl. Mitt. Bürkner, 9. 6. 1963.

¹⁰⁸ Z. B. zwischen dem Oberkommando der Kriegsmarine und dem Auswärtigen Amt. Daher wurde das OKM auf einer Besprechung bei Staatssekretär von Weizsäcker am 25.9.1939 von seiten des AA gebeten, „vor weiteren Verschärfungen die beabsichtigten Befehle dem AA zwecks Herbeiführung einer Stellungnahme des Reichsaußenministers mitzuteilen“. (Notiz über diese Besprechung in Abschrift, in: AA, Unterstaatssekretär, Akten Seekrieg I).

¹⁰⁹ Ebenda.

¹¹⁰ Ende Mai 1940 wurde Schuster Kommandierender Admiral in Frankreich.

¹¹¹ Seine unveröffentlichten Aufzeichnungen, die sich z. T. auch mit der Arbeit des Sonderstabes befassen, befinden sich heute im Militärarchiv/Freiburg (Admiral Dr. h. c. Otto Groos, Als Seeoffizier in Krieg und Frieden).

¹¹² Vgl. die Bemerkungen über Weichold bei Baum, a. a. O., S. 28 f.

¹¹³ Er wurde Deutscher Admiral beim italienischen Admiralstab.

Major Dr. Tepe inne. Sachbearbeiter für Angelegenheiten der Marine war die ganze Zeit Kapitän zur See Vesper¹¹⁴.

Dem Sonderstab wurden in Betracht kommende Angelegenheiten und Anregungen zugeleitet, er unterrichtete die zuständigen Dienststellen und Ministerien und bereitete die jeweilige Sitzung vor, bei der dann die Ressortvertreter (oft im Rang eines Generals oder Botschafters) ihre Auffassung vortrugen. Die Ergebnisse wurden danach der Stelle zugeleitet, die für die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen verantwortlich war. Wurde keine Einstimmigkeit erzielt, so sollten die höheren Instanzen, soweit nötig der Reichsaußenminister und der Chef des OKW persönlich, damit befaßt werden. Kam auch dann keine Einigung zustande, sollte ein gemeinsamer Vortrag bei Hitler anberaumt werden¹¹⁵.

Schon bald nachdem Moltke seine Arbeit als Kriegsverwaltungsrat aufgenommen hatte, wurde er angewiesen, als Vertreter der Abteilung Ausland an Sitzungen des Sonderstabes HWK teilzunehmen¹¹⁶. Ende November 1939 hielt er sein erstes Referat in diesem Kreis¹¹⁷. Als der Chef des Stabes, Admiral Schuster, sich kurz danach bei gemeinsamen Bekannten mit Moltke ausführlich auseinandergesetzt hatte, fragte er diesen, ob er nicht in seinem Stab mitarbeiten wolle¹¹⁸. Dabei dürfte die Erwägung, daß in der Arbeit des Sonderstabes völkerrechtliche Fragen eine Rolle spielten, ebenso von Gewicht gewesen sein wie die Rücksicht auf Moltkes Spezialkenntnisse auf dem Gebiet des englischen Rechts¹¹⁹. Auch hatte Moltke Schuster bei dem erwähnten Gespräch mehrere Vorschläge für die Arbeitsweise des Sonderstabes gemacht¹²⁰. Kurz darauf wurde er zur Dienstleistung beim Sonderstab angefordert¹²¹.

Sein Interesse an dieser Tätigkeit war von dem Wunsch bestimmt, das Los der von den Kriegsmaßnahmen immer härter betroffenen neutralen Staaten zu mildern¹²². In diesem Zusammenhang versuchte er, seinen damals im Reichswirtschafts-

¹¹⁴ Kapitän zur See a. D. K. Vesper verdankt der Verf. die Rekonstruktion der Zusammensetzung des Stabes.

¹¹⁵ Nach der Abschrift eines Schreibens des Reichsaußenministers vom 1. 11. 1939 (AA, ebenda).

¹¹⁶ Die erste Eintragung über diese Arbeit befindet sich bei Moltke in einem Brief vom 10. 11. 1939 („Ich bin durch die neue Aufgabe tatsächlich mit einer der allergrößten Fragen der Gesamtführung befaßt . . .“) Als Vertreter der Abt. Ausland nahm er z. B. am 15. 2. 1940 an einer Besprechung beim Sonderstab über brasilianische Fragen teil (BA: MA, Wol-7/227).

¹¹⁷ „Das Auditorium besteht im wesentlichen aus den oberen Referenten der Ministerien, einigen Admirälen und Botschaftern. Also ein erlauchter Kreis. Es wird sehr komisch werden.“ (Brief Moltkes, 20. 11. 1939.)

¹¹⁸ „Schuster hat mich heute gefragt, ob ich zu ihm kommen wollte. Ich bin neugierig, ob das was wird. Es wird viel von einer Sitzung morgen abhängen, bei der ein Operationsplan von mir besprochen werden wird. Wird beschlossen, diesen Plan ernstlich zu studieren, dann werde ich wohl hinüberschoben.“ (Brief Moltkes, 29. 1. 1940.)

¹¹⁹ „Ich werde gegenwärtig in etwa als Auskunftsstelle über alle möglichen Punkte des englischen Rechtes verwandt.“ (Brief Moltkes, 19. 12. 1939.)

¹²⁰ Brief Moltkes, 28. 1. 1940.

¹²¹ Briefl. Mitt. Bürkner, 2. 9. 1966.

¹²² Vgl. S. 29 f.

ministerium tätigen Gesinnungsfreund O. H. von der Gablentz für die Bearbeitung der Belgien betreffenden Fragen einsetzen zu lassen¹²². Offensichtlich hoffte er, eine Nachkriegszusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet vom Sonderstab aus fördern zu können¹²⁴. Fest überzeugt, daß der Anfang des Zweiten Weltkrieges für das „Dritte Reich“ den Beginn des Untergangs bedeutete, sah er freilich dieses Ende näher, als es war. Er fürchtete daher auch, daß nach dem erfolgreichen Abschluß des Westfeldzuges der Hauptzweck seiner Arbeit wegfallen würde¹²⁶. Die meisten neutralen europäischen Länder waren besetzt. Für Moltke war wesentlich, daß er durch seine Arbeit beim Sonderstab HWK einen sehr viel besseren Einblick in die wirkliche Kriegslage erhielt¹²⁶. Außerdem kam es seiner Auffassung nach in der damaligen Zeit darauf an, innerhalb des organisatorischen Mechanismus bereit zu stehen, um sich von dort im entscheidenden Moment einsetzen zu können¹²⁷.

Mitte Februar 1940 trat Moltke seinen Dienst beim Sonderstab HWK an und teilte von da ab seinen Tag zwischen den zwei Dienststellen¹²⁸. Er bemühte sich, für den Sonderstab möglichst immer zur Verfügung zu sein in der Hoffnung, daß man ihm dann von selbst alle wichtigen Vorgänge zuleiten werde¹²⁹. Mit Admiral Schuster arbeitete er gut zusammen¹³⁰, ebenso mit dessen Chef Weichold¹³¹. Auch Schusters Nachfolger Groos hat sich Moltke gegenüber nicht unfreundlich gezeigt¹³². Die zusätzliche Arbeitsbelastung war für Moltke allerdings erheblich. So schrieb er am 20. 2. 1940: „Für morgen habe ich ein phantastisches Programm: erstens Vorbereitung einer großen Sitzung für Donnerstag Nachmittag, d. h. Anfertigung der Tagesordnung, Abfassung des Vortrags von Schuster und Besprechung dieser beiden Opera mit Weichold und Schuster; zweitens ein Referat über den gegenwärtigen Stand der Handelskriegsführung und über die operativen Ziele im Handelskrieg vor den außenpolitischen und wirtschaftlichen Gruppen meiner Abteilung¹³³; drittens Vortrag im Stabe von Schuster über die völkerrechtliche Lage und die völkerrechtlichen Konsequenzen des Falles „Altmark“¹³⁴. Jedes dieser Programme ist tag-

¹²² Mitt. Prof. Dr. O. H. von der Gablentz, 18. 11. 1965.

¹²⁴ Vgl. S. 30.

¹²⁵ Brief Moltkes, 19. 5. 1940.

¹²⁶ „Es ist ganz merkwürdig, wenn man nun plötzlich an einer Stelle sitzt, an der man die Operationspläne automatisch und selbstverständlich bekommt, während man sie früher immer nur mit Mühe und stückweise sah.“ (Brief Moltkes, 15. 2. 1940.)

¹²⁷ Mitt. Gräfin von Moltke; Mitt. Wengler.

¹²⁸ Brief Moltkes, 14. 2. 1940.

¹²⁹ Ebenda.

¹³⁰ Dazu z. B. ein Brief Moltkes, 7. 5. 1940.

¹³¹ Briefl. Mitt. Frau Weichold, 7. 7. 1963 u. 7. 6. 1964; briefl. Mitt. W. Baum, 23. 8. 1965.

¹³² Dazu z. B. der Brief Moltkes, 21. 8. 1940.

¹³³ Gemeint ist die Abteilung Ausland.

¹³⁴ Die „Altmark“ war eines der Versorgungsschiffe der „Graf Spee“, die mit den Besatzungen torpedierter englischer Handelsschiffe über Norwegen die deutsche Küste erreichen sollte. Noch innerhalb der norwegischen Hoheitsgewässer, im Jössingfjord bei Westagder, wurde sie von dem englischen Zerstörer „Cossack“ gestellt, was eine große diplomatische Aktivität zur Folge hatte. Vgl. Altmark-Saken 1940, Utgitt av Reidar Omang, Oslo 1955;

füllend, und der Teufel weiß, wie ich die zusammen mit der laufenden Arbeit in einen Tag zwängen kann.“¹³⁵

Die Frage, inwieweit es Moltke gelungen ist, mit seiner Arbeit beim Sonderstab HWK Erfolge zu erzielen, läßt sich nicht leicht beantworten. Einmal sind die Bemerkungen Moltkes in den Briefen an seine Gattin nicht immer befriedigend zu erklären, und weiter ist das Maß des Erfolges jeweils schwer festzustellen. War es ein bleibender oder nur ein vorübergehender Erfolg? Auch die Quellenlage ist für eine Beurteilung dieser Fragen problematisch.

Doch kann man den Einfluß Moltkes auf einigen Gebieten der Arbeit des Sonderstabes nachweisen, etwa in der Frage der Wirtschaftskriegführung gegenüber England. Moltke hatte sich Ende 1939 gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen¹³⁶ gewehrt und so zumindest einen Aufschub erreicht. In sehr lebendigem Stil hat er die Entwicklung dieser Angelegenheit beschrieben: „Von früh an habe ich bis spät in der Nacht in einer Minorität von 1:25 eine Kriegsmaßnahme bekämpft. Es war eine viehische Anstrengung, zumal die Anderen mir immer mit einem bereits vorliegenden Führerbefehl opponierten. Es wurde also gestern gegen mich entschieden. Heute morgen habe ich die Sache meinem Chef¹³⁷ vorgetragen, der mich voll gedeckt hat, und mit dieser Deckung habe ich heute Morgen den Kampf wieder aufgenommen und so gegen zwei Uhr erreicht, daß einige Ressorts schwankend wurden und die Angelegenheit nochmals bei ihren Ministern vortragen wollen. Sobald das geschehen ist, soll eine neue Besprechung stattfinden, und zwar entweder heute Abend oder morgen früh. Inzwischen habe ich die Juristen der anderen Ressorts mobilisiert. Die würden zwar von alleine nie den Mut gefunden haben zu revoltieren, aber die Tatsache, daß mein Chef mich deckte, und daß damit ein hoher Militär dahinter stand, hat ihnen den nötigen Mut gegeben. Jetzt steht die Sache so, daß es mir gelungen ist, die Leute wankend zu machen, und so hoffe ich, daß ich mich doch noch gegen die fünfundzwanzigfache Übermacht durchsetzen kann.“¹³⁸

Das zweite Beispiel bezieht sich auf eine Meinungsverschiedenheit mit dem Botschafter Ritter¹³⁹. Anfang Dezember 1939 stand auf einer Sitzung des Sonderstabes die Frage der Charterung neutraler Handelsschiffe durch England zur Debatte. Das Auswärtige Amt hatte vorgeschlagen, für einzelne vercharterte neutrale Schiffe die gesamte Tonnage des betreffenden Landes verantwortlich zu machen. Moltke dagegen lehnte ein solches Vorgehen als völkerrechtswidrig ab¹⁴⁰. Der Chef

Heinz Knackstedt, Der Altmark-Zwischenfall, in: Wehrwiss. Rdschau 9 (1959), S. 391–411, 466–486.

¹³⁵ Brief Moltkes, 20. 2. 1940.

¹³⁶ Es handelt sich hier um die Weisung Nr. 9; vgl. Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945, Dokumente des OKW, hrsg. von Walter Hubatsch, Frankfurt/a.M. 1962, S. 40 ff.

¹³⁷ Gemeint ist Bürkner.

¹³⁸ Brief Moltkes, 25. 11. 1939.

¹³⁹ Der Botschafter z.B.V. Karl Ritter war für alle Fragen, die mit dem Wirtschaftskrieg gegen die „Feindmächte“ und mit der Abwehr des Wirtschaftskrieges der Alliierten zusammenhängen, zuständig.

¹⁴⁰ Nach einer Aufzeichnung von Legationsrat Dr. Lohmann, 11. 12. 1939.

des Sonderstabes, Schuster, schloß sich dem Standpunkt Moltkes an. Er setzte die Frage erneut auf die Tagesordnung und bat Moltke, seine Ansicht nochmals zu formulieren¹⁴¹. In der daraufhin von ihm verfaßten Aufzeichnung legte Moltke dar, daß die englische Flagge nur Schiffe führen dürften, die vollständig Eigentum englischer Staatsangehöriger oder englischer Gesellschaften seien. Daher sei es ausgeschlossen, daß ein Schiff anderer Herkunft die englische Flagge führe¹⁴².

Während der Sitzung gab Ritter mit der Bemerkung nach, in der Kriegskunst müsse man geschmeidig sein, in der Wirtschaftskriegskunst ebenso. So wurde beschlossen, die Sache neu zu bearbeiten¹⁴³.

Das dritte Beispiel betraf die Seekriegsleitung. Wiederholt hat Moltke sich über deren Uneinsichtigkeit und gefährliche Illusionen beklagt¹⁴⁴. So hatte die Seekriegsleitung in einer Denkschrift (Mitte Oktober 1939) befürwortet, weitere Maßnahmen zur Verschärfung des Handelskrieges zu treffen. Die Entscheidung darüber wurde hinausgeschoben¹⁴⁵, bis sie „durch das OKW in ihrer politischen und wirtschaftlichen Auswirkung geprüft worden sei“. Da Moltke befürchtete, man wolle seinen Urlaub dazu benutzen, die Angelegenheit schnell zu erledigen, machte er sich daran, durch ein Gutachten seine Abteilung auf einen ablehnenden Standpunkt festzulegen¹⁴⁶. Als dann der Sonderstab um eine Stellungnahme bat, wurde ausdrücklich bemerkt, daß dabei insbesondere die zu erwartenden Rückwirkungen der geplanten Maßnahmen vom Standpunkt der einzelnen Ressorts berücksichtigt werden sollten¹⁴⁷. In der Tat hat dann auch das Auswärtige Amt vor Maßnahmen gewarnt, die weniger England als gewisse Neutrale schädigen würden¹⁴⁸. Manchmal gelang solches Bremsen allerdings nur im letzten Augenblick. So schrieb Moltke am 25. 1. 1940: „Ich habe gestern den ganzen Tag an einer einzigen Sache im OKW gearbeitet . . . Um 5 brachte ich es noch zum Chef in der Erwartung, daß er es schnell durchsehen und unterbauen würde. Für alle Fälle sagte ich jedoch noch, er solle den Chef der operativen Abteilung der Kriegsmarine anrufen, um sicher zu gehen, daß die Sache nicht verhaufen würde, ehe wir etwas machen könnten. Und siehe da, wir erwischten die Angelegenheit gerade noch am letzten Zipfel. Sie war im Begriff, grob daneben gehauen zu werden. So sind wir denn gleich losgezogen und haben erfolgreich gebremst. Das freut einen immer.“¹⁴⁹

Im vierten Beispiel geht es um Versuche zur Hilfeleistung für die vom Krieg schwer betroffenen neutralen Länder. Moltke hatte in der Sitzung des Sonderstabes vom 9. 1. 1940 angeregt, die geographische Lage Deutschlands nicht nur zur Verhinde-

¹⁴¹ Brief Moltkes, 10. 12. 1939.

¹⁴² Abschrift in AA, Rechtsabteilung, a. a. O.

¹⁴³ Brief Moltkes, 11. 12. 1939.

¹⁴⁴ Briefe Moltkes, 14. 10. 1939; 17. 1. 1940; 21. 8. 1940.

¹⁴⁵ Hitlers Weisungen, S. 39.

¹⁴⁶ Brief Moltkes, 20. 12. 1939.

¹⁴⁷ AA, Rechtsabteilung, a. a. O.

¹⁴⁸ AA, Rechtsabteilung, a. a. O., Abschrift eines Schreibens des Gesandten Eisenlohr, 27. 12. 1939.

¹⁴⁹ Brief Moltkes, 25. 1. 1940.

zung der Importe in Feindländer zu benutzen, sondern auch positiv zur Förderung des interkontinentalen Handels. In einer Aufzeichnung führte er aus, daß es eines der Ziele in der deutschen Wirtschaftskriegführung sei, England vom Handel mit dem östlich von Frankreich liegenden Teil des europäischen Kontinents abzuschneiden. Dieses Ziel könne nur erreicht werden, wenn der Austausch innerhalb des Kontinents weitgehend gefördert werde. In diesem Zusammenhang schlug er dann mehrere Maßnahmen vor und regte an, die Bearbeitung dieser Fragen „einem besonderen unter HWK arbeitenden Ausschuß der maßgebenden Ministerien zu übertragen, mit dem Ziel, einen Plan aufzustellen, der für lange Zeit als Richtlinie dienen“¹⁵⁰ könne. In einer weiteren Aufzeichnung meldete er das Interesse der Wehrmacht an der Überwachung des Durchfuhrhandels durch Deutschland an. Dabei sollte erreicht werden, daß den Neutralen möglichst wenig Schwierigkeiten entstehen. Er schlug deshalb eine Außenorganisation der deutschen Konsulate vor, die die Durchfuhrbewilligungen ausstellen sollte, und eine Zentralstelle, die die Transitpolitik lenken, allgemeine Anweisungen an die Außenstellen geben, Einzelfälle jedoch nicht entscheiden sollte¹⁵¹. Daß Moltke mit diesen Vorschlägen damals auf Widerstände stieß, war zu erwarten. Mit Kummer stellte er fest, daß seine Anregungen in einer ganz anderen Situation benutzt und mißbraucht wurden. So schrieb er am 24. 5. 1940:

„Die Sitzung, die um 5 Uhr angefangen hat, war um halb 8 zu Ende. Schuster, der mit war, fuhr mich nach Hause. Es war eine Sache, die ich seinerzeit unter dem Motto ‚Si vis bellum, para pacem‘ angestoßen hatte, am 10. Januar, und die ich gegen große Widerstände gefördert hatte und die nun plötzlich, nachdem sie ihren eigentlichen Sinn verloren hatte, jetzt alle Leute interessiert, weil wir jetzt dort diktieren können, wo ich planen wollte. Ich habe kein Wort gesagt, aber es war mir doch sehr schmerzlich zu sehen, wie das, mit dem ich eine Nachkriegszusammenarbeit fördern wollte, nun mißbraucht werden soll zur Aussaugung der Besiegten. Meine Argumente von vor 4 Monaten, die damals keiner recht hören wollte, schallten mir von allen Seiten als letzte Weisheit entgegen; selbst in dem Brief des Führers an den König von Schweden¹⁵² befaßt sich ein ganzer Absatz mit dieser Frage und ein Satz daraus stammt aus einer Denkschrift von mir. So wird dieses Projekt . . . korrumpiert. Ist der Krieg vorbei, wird man es nicht mehr brauchen können, weil es kompromittiert sein wird.“¹⁵³

Schließlich ist ein für die damalige Zeit ganz ungewöhnlicher dienstlicher Brief Moltkes zu erwähnen. Moltke hatte erfahren, daß der Chef des Sonderstabes besonderen Wert darauf legte, den britischen Gesandten in der Schweiz zu beseitigen. Als sich andere Vorschläge als undurchführbar erwiesen, hatte der Chef des Sonderstabes die Ermordung dieses Gesandten in Aussicht genommen und seine Sach-

¹⁵⁰ Ausarbeitung vom 19. 1. 1940, abschriftlich in: BA: MA, Wol-7/227.

¹⁵¹ Ausarbeitung vom 29. 1. 1940, abschriftlich ebenda.

¹⁵² Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1938–1945, Serie D, Bd. IX, S. 185 ff. (Brief vom 24. 4. 1940.)

¹⁵³ Brief Moltkes, 24. 5. 1940.

bearbeiter beauftragt, sich deswegen mit der Gestapo in Verbindung zu setzen. Moltke bat daraufhin den Chef der Abteilung Ausland um die Ermächtigung, im Namen des Amtes Ausland-Abwehr oder der Abteilung Ausland ein absolutes Veto einlegen zu dürfen. Es erscheine ihm insbesondere nicht vertretbar, daß eine Wehrmachtsdienststelle mit einem derartigen Ansinnen an die Gestapo herantrete¹⁵⁴.

III. Die Kriegsgefangenenfrage

Die nationalsozialistische Führung erkannte die von der Humanität und dem internationalen Kriegsrecht gesetzten Schranken nicht an. Sie stellte den Kampf der Weltanschauungen den Formen des bisherigen „ritterlichen Krieges“ gegenüber¹⁵⁵. Das Ziel dieses Kampfes bestimmte weitgehend die im Kriegsfall verwendeten Methoden. Diejenigen Völkerrechtler, die sich aufgrund ihres Gewissens und mit Hilfe des stark veralteten Kriegsrechts dagegen zu wehren suchten, hatten es nicht leicht. Selten und nur, wenn man ihr nachweisen konnte, daß die erlassenen Befehle die eigene Kriegführung schädigen würden, ließ sich die nationalsozialistische Führung überzeugen.

Die Frage der Kombattantenqualität hatte im Zweiten Weltkrieg von Anfang an eine erhebliche Rolle gespielt. Immer wieder versuchte das NS-Regime bestimmten Gruppen bewaffneter Gegner diese Qualifikation abzusprechen. Aktuell wurde dieses Thema zum ersten Mal nach der Kapitulation Polens. Schon vorher hatte die völkerrechtliche Gruppe Mißfallen erregt, indem sie dauernd für die strikte Einhaltung der Haager Landkriegsordnung und des Abkommens über die Behandlung von Kriegsgefangenen (1929) eintrat¹⁵⁶. Nach der Kapitulation gelangte eine Anzahl Polen in Gebiete, die sich in englischer Hand befanden und wurden von den Engländern in ihre Armee eingereiht¹⁵⁷. Die NS-Führung wollte diesen, weil Polen kapituliert hatte, nicht die Rechte von Kombattanten gewähren. Jaenicke, der bis zu seiner Versetzung an die Front in erster Linie für solche Fragen zuständig war, wies darauf hin, daß Polen völkerrechtlich nicht als untergegangener Staat angesehen werden könne, solange seine Alliierten weiterkämpften¹⁵⁸. Auch Moltke hat sich mit einem Brief, der auf die Bedeutung dieser Frage für die Nachkriegsentwicklung in Europa ausdrücklich hinwies¹⁵⁹, eingeschaltet, und die Stellungnahme beider soll auch Erfolg gehabt haben¹⁶⁰.

Später waren die de Gaulle-Truppen, die Giraud-Truppen, die unter Mihailowitsch und unter Tito kämpfenden Soldaten, die bei ihnen tätigen englischen Offi-

¹⁵⁴ Brief vom 29. 3. 1941 in Abschrift ebenda; der Chef der Abt. Ausland hatte dazu geschrieben: „Bitte zunächst sicherzustellen, daß an Gestapo nicht herantreten wird, bevor Chef Ausland Gelegenheit hat, mit Chef HWK auch zu sprechen.“

¹⁵⁵ Keitels Reaktion auf eine Vortragsnotiz Moltkes vom 15. 9. 1941 (IMT, Bd. IV, S. 508).

¹⁵⁶ Briefl. Mitt. Tafel, 21. 8. 1969.

¹⁵⁷ Briefl. Mitt. Wengler, 6. 2. 1969.

¹⁵⁸ Mitt. Jaenicke, 11. 7. 1969.

¹⁵⁹ Brief Moltkes, 7. 3. 1940.

¹⁶⁰ Wengler.

ziere und die nach der Kapitulation Italiens freigekommenen englischen Kriegsgefangenen Gegenstand der Diskussion. In jedem dieser Fälle suchte die völkerrechtliche Gruppe eine juristische Basis zugunsten der Kombattanten, die sonst, sobald sie in deutsche Hand fielen, standrechtlich erschossen wurden¹⁶¹. Im Fall der de Gaulle-Truppen war die Tatsache, daß sie Bestandteile der englischen Armee geworden waren, die rechtliche Grundlage. Außerdem wies man auf die alliierte Drohung hin, daß gegebenenfalls deutsche Kriegsgefangene dasselbe Schicksal erleiden würden¹⁶². So erreichte man schließlich, daß diese Soldaten als Kriegsgefangene behandelt wurden. Bei den Giraud-Truppen half die Konstruktion einer revolutionären französischen de-facto-Regierung in Nordafrika, bei den Jugoslawen, daß die Engländer sie in ihre strategischen Operationen einbezogen. Einen englischen Offizier, Captain Christie Lawrence, der in Jugoslawien gefangengenommen und mit der Absicht, ihn zu erschießen, nach Berlin gebracht worden war, hat Moltke aus dieser Lage befreit, ihn sogar zu einem englischen „breakfast“ in sein Haus eingeladen und erwirkt, daß er als Kriegsgefangener behandelt wurde¹⁶³. Im übrigen ging es der Gruppe darum, soweit als möglich das Geschick der Kriegsgefangenen zu bessern. Es wurde ihr dabei manchmal vorgehalten, daß die deutschen Maßnahmen nur Reaktionen auf Handlungen der Gegenseite seien. Man bemühte sich deshalb darum, diese Einwände zu entkräften. So schickte Moltke z. B. einen übersetzten Bericht aus der „Times“ vom 5. 2. 1942 an alle Betroffenen, in dem es hieß, daß ein südafrikanischer Brigadier wegen „two charges of assaults“ gegen deutsche Kriegsgefangene entlassen worden sei¹⁶⁴. In einer Notiz für den Chef der Abteilung Ausland zitierte Moltke den englischen Außenminister, der im Parlament erklärt hatte, Hess werde als Kriegsgefangener behandelt und nicht entsprechend dem Wunsch der Sowjetregierung schon jetzt vor ein Gericht gestellt. Moltke fügte hinzu: „Aus Bemerkungen des diplomatischen Korrespondenten der ‚Times‘ ist zu entnehmen, daß die Britische Regierung auf dem Standpunkt steht, daß Kriegsgefangene wegen ‚Kriegsverbrechen‘, also vor ihrer Gefangennahme begangener Taten, nicht verurteilt werden dürfen, und daß ein geordnetes Gerichtsverfahren während des Krieges nicht durchgeführt werden kann, da der Beschuldigte nicht imstande wäre, seine Entlastungszeugen herbeizuschaffen. Es wird vorgeschlagen, WR¹⁶⁵ und Kriegsgefangene¹⁶⁶ über diese britische Praxis zu unterrichten.“¹⁶⁷

Die größte Aktion auf dem Gebiet der Behandlung von Kriegsgefangenen wurde wohl in der Fesselungsaffäre unternommen¹⁶⁸. Die Fesselung war seinerzeit für die

¹⁶¹ Wengler, a. a. O., S. 299 u. 300.

¹⁶² Mitt. Jaenicke, 11. 7. 1969.

¹⁶³ Briefl. Mitt. H. Bertelsen, 9. 9. 1962; Bertelsen begegnete Lawrence in Torgau an der Elbe 1945.

¹⁶⁴ BA: MA, Wol-7/220 (OKW 1016).

¹⁶⁵ Wehrmachtsrechtsabteilung.

¹⁶⁶ Abteilung Kriegsgefangene im Allgemeinen Wehrmachtsamt des OKW.

¹⁶⁷ BA: MA, II W 435.

¹⁶⁸ Dazu Wengler, a. a. O., S. 300.

in Dieppe gefangenen englischen und kanadischen Soldaten verfügt worden. Als England mit deutschen Kriegsgefangenen ebenso verfuhr, verdreifachte man die Zahl, wenn auch die Fesselung selbst sehr wenig streng gehandhabt wurde¹⁶⁹. Gegen diese Maßnahme hat die Gruppe um Moltke immer wieder Einspruch erhoben. In einem von Jaenicke formulierten und von Canaris unterzeichneten Fernschreiben an den Wehrmachtsführungsstab heißt es: „Sabotageeinheiten in Uniform sind Soldaten und haben Anspruch auf Behandlung als Kriegsgefangene. . . . Repressalien an Kriegsgefangenen sind nach dem 1934 ratifizierten Kriegsgefangenenabkommen absolut unzulässig.“¹⁷⁰ Schließlich erreichte die Gruppe, obwohl ihr bedeutet wurde, daß der Chef des OKW sich weitere Vorstellungen in dieser Angelegenheit verbitte, daß dieser Befehl aufgehoben wurde, nachdem der von der Gruppe betreute Gefangenaustausch zu Hitlers Zufriedenheit verlaufen war¹⁷¹.

Als mit Beginn des Rußlandfeldzuges ein Riesenbedarf an Arbeitskräften entstand, beschloß die nationalsozialistische Führung, dazu erneut die besetzten Gebiete heranzuziehen. Um die Zahl zu erhöhen, wollte man die schon entlassenen niederländischen Kriegsgefangenen zur Meldung zwingen und sie dann als Zivilarbeiter nach Deutschland bringen. Damit wurde Moltkes Gruppe vor das Problem „Kriegsgefangene und Arbeitseinsatz“ gestellt. Es arbeiteten damals aber schon Hunderttausende polnischer und französischer Kriegsgefangener als Zwangsarbeiter in Deutschland. Gegen die Verwendung niederländischer Kriegsgefangener wandte man nun von seiten der Gruppe ein, daß sie offiziell auf Anordnung deutscher Instanzen entlassen seien. Außerdem handele es sich in diesem Fall um Kriegsgefangene, die nach dem Genfer Kriegsgefangenenabkommen nicht in der Rüstungsindustrie beschäftigt werden dürften. Die Gruppe wollte erreichen, daß diese Soldaten, wenn sie schon nach Deutschland geholt würden, der deutschen Wehrmacht unterstünden und nicht als Zivilarbeiter der SS ausgeliefert würden¹⁷². Moltkes Kampf können wir in seinen Briefen genau verfolgen: „Inzwischen hatte ich mir Wengler aufs Amt bestellt, und eine Sekretärin und wir haben da bis Mitternacht gebrütet. Außerdem mußte ich mit allen Militärbefehlshabern in allen Westgebieten telefonieren. Immerhin hat mich die Nacht soweit gefördert, daß, als ich am 8. früh um 8 wieder im Amt, ich bis 9 eine Stellungnahme diktiert hatte, um $\frac{3}{4}$ 10 hatte ich die Unterschrift von Bürkner, und dann ging es durch den Fernschreiber raus. Ob es noch etwas nutzen wird, weiß ich nicht, aber erstens habe ich mein Gewissen befriedigt, und zweitens wirkt es vielleicht doch als Bremse. Jedenfalls hat es im FHQ eingeschlagen, denn die haben mich heute schon um mehr Erläuterungen zu unserem Fernschreiben angegangen.“¹⁷³ Eine Woche später

¹⁶⁹ IMT – NG 3888 (Aufzeichnungen von Botsch. Ritter, 12. 10. 1943).

¹⁷⁰ IMT – PS 1265.

¹⁷¹ Wengler, a. a. O.; dazu auch IMT-NOKW 985 (Vortragsnotiz der Abteilung Ausland betr. Fesselung brit. Kriegsgefangener).

¹⁷² Wengler, a. a. O., S. 301; briefl. Mitt. Wengler, 27. 2. 1969. Vgl. dazu Kriegstagebuch OKW, Bd. 3, 2. Halbbd., S. 1555; B. Sijes, *De arbeidsinzet*, Den Haag 1966, S. 268 ff.

¹⁷³ Brief Moltkes, 9. 4. 1943.

schreibt Moltke: „Gestern Abend . . . wurde ich ins Auswärtige Amt gerufen, in der Sache, die ich durch eine Nacharbeit aufgehalten hatte. Das AA war gerade im Umfallen und ich kam gerade im richtigen Augenblick. So habe ich sie mit einer Spritze gestützt und die ganze Sache Schlitter¹⁷⁴ zugespielt, und so hoffe ich, sie wieder gerettet zu haben. Und was auch immer geschieht, ich habe vielen hunderttausenden Menschen 10 Tage ihres Lebens gerettet, d. h. ihres normalen Lebens. Es freut einen doch immer wieder.“¹⁷⁵ Einige Tage später schreibt Moltke seinem ehemaligen Mitarbeiter Jaenicke: „ . . . zu einem großen Vorstoß in der Interniertenfrage gegen das Auswärtige Amt¹⁷⁶ habe ich glücklich eine Zustimmung aller militärischen Stellen erhalten“¹⁷⁷. Es gelang Moltke jedoch nicht, den Plan endgültig zu verhindern, er hat nur Aufschub erreichen können. Am 29. April gab der Wehrmachtbefehlshaber in den Niederlanden, General Christiansen, die Rückführung der Kriegsgefangenen zum Arbeitseinsatz in Deutschland bekannt – was der Anlaß zu einem Generalstreik wurde¹⁷⁸.

Weil die Stellung der rückgeführten entlassenen Kriegsgefangenen völkerrechtlich schwierig war, bat Moltke Ende 1943 um eine Stellungnahme des Kaiser-Wilhelm-Instituts in dieser Sache¹⁷⁹. Es fanden daraufhin zwei Besprechungen statt, die keine Einigung brachten. Auf der einen Seite wurde geltend gemacht, daß die Kriegsgefangenschaft auch bei Aufhebung des tatsächlichen Gewahrsamsverhältnisses fortbestehe, solange sich die Entlassenen bei Fortdauer des Kriegszustandes im Bereich des Nehmerstaates befänden und der feindlichen Wehrmacht angehörten. Daher sei der Nehmerstaat jederzeit berechtigt, den Gewahrsam durch Festnahme der Entlassenen wiederherzustellen. Diese dürften allerdings nicht schlechter gestellt sein, als es das Abkommen von Genf vorsehe. Nach ihrer Wiederfestnahme seien sämtliche auf die Kriegsgefangenschaft bezüglichen Bestimmungen anzuwenden. Die andere Seite wies darauf hin, daß die Kriegsgefangenschaft ein tatsächliches Gewahrsamsverhältnis voraussetze, das bei einer Entlassung in die Heimat aufgehoben werde. Die Wiederherstellung des Gewahrsams sei daher nicht als „Rückführung in die Kriegsgefangenschaft“, sondern nur als Internierung aus militärischen Gründen zulässig. Dies dürfe jedoch nicht dazu führen, daß die Wiederfestgenommenen nun außerhalb der Bestimmungen über Kriegsgefangene stünden. Sie dürften also während ihrer durch den militärischen Zweck begrenzten Internierung nicht schlechter gestellt sein, als sie es als Kriegsgefangene gewesen wären. Einigkeit bestand also nur in diesem Punkt. Bei gerichtlichen Verfahren gegen entlassene Kriegsgefangene sei die Verfolgung durch die landeseigenen Gerichte, die ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des Genfer Abkommens vorgehen

¹⁷⁴ Unbekannt.

¹⁷⁵ Brief Moltkes, 16. 4. 1943.

¹⁷⁶ Das war inzwischen doch umgefallen.

¹⁷⁷ Brief Moltkes an Jaenicke, 20. 4. 1943, im Anhang.

¹⁷⁸ P. J. Bouman, *De April-Mei-Staking van 1943*, Den Haag 1950; Konrad Kwiet, *Reichskommissariat Niederlande*, Stuttgart 1968, S. 150.

¹⁷⁹ Vgl. S. 20 f.

könnten, zulässig. Bei Verfahren vor den Gerichten des Nehmerstaates jedoch seien dessen Bestimmungen zu beachten¹⁸⁰. In der Zwischenzeit war die Sache, wie erwähnt, der Gruppe aus der Hand genommen und die ursprüngliche Absicht, die Kriegsgefangenen als zivile Zwangsarbeiter ohne Garantien einzusetzen, ausgeführt worden. Daher hatten diese Besprechungen zwar eine grundsätzliche, jedoch keine praktische Bedeutung mehr. Da die Wehrmacht keinen Einfluß auf die Behandlung der Zwangsarbeiter hatte, fehlte Moltke die Möglichkeit, sich einzuschalten.

Entsprechend dem Wunsch Hitlers, den Krieg gegen die Sowjetunion nicht als „normalen“ Krieg, sondern als Entscheidungskampf gegen den „jüdischen Bolschewismus“ zu betrachten¹⁸¹, wurde dieser Feldzug mit dem Ziel der dauernden Beherrschung des europäischen Teils von Rußland geführt. Hier konnten die klassischen Auffassungen über Mittel und Grenzen der Kriegführung nicht gelten. Trotzdem haben Moltke und seine Mitarbeiter sich auch auf diesem Gebiet intensiv gegen die unmenschliche Behandlung der russischen Kriegsgefangenen gewehrt.

Moltke hatte zunächst diesen Feldzug gebilligt: „Ich habe, durch Vorurteile verführt, geglaubt, Rußland würde von Innen zusammenbrechen, und wir könnten dann in dem Gebiet eine Ordnung schaffen, die uns ungefährlich sein würde. Aber davon ist nichts zu spüren; weit hinter der Front kämpfen russische Soldaten weiter, aber auch Bauern und Arbeiter; es ist genau wie in China. Wir haben etwas Schreckliches angerührt und es wird viele Opfer kosten.“¹⁸² Moltkes Briefe zeigen, daß er gut informiert war: „Nach den neuesten Eindrücken gehen die Russen in der Ukraine systematisch zurück, ernten ab und schaffen das geerntete Getreide nach Osten. Wenn ihnen das gelingt, dann stoßen wir in eine völlige Leere . . .“¹⁸³. So kehrte er sich gegen die falsche deutsche Propaganda, die den Feldzug „ein[en] militärischen Spaziergang, durch Unruhen in Rußland unterstützt“, nannte¹⁸⁴. „Die Kampfmoral und die taktische Führung der Russen sind über alles Erwarten gut, und ich komme zu der Erkenntnis, daß wir über Rußland doch offenbar ganz falsch unterrichtet waren.“¹⁸⁵ Moltke sah schon damals die Folgen dieser falschen Propaganda für Deutschland klar voraus. Als er im Rahmen der Widerstandstätigkeit des Kreisauer Kreises sein erstes Gespräch mit Pater Rösch führte (Mitte Oktober 1941), legte er dar, wie sich seiner Meinung nach die Dinge entwickeln und daß in einigen Jahren die Russen in Berlin sein würden¹⁸⁶. Aber auch nach außen verhehlte er seine Meinung nicht. Als ihm eine Notiz zugeleitet wurde, in der sehr einseitig die Vorteile einer Besetzung Rußlands dargestellt wurden, schrieb er dazu

¹⁸⁰ Nach einer Niederschrift von H. Mosler.

¹⁸¹ Dazu z.B. die Arbeit von Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938*, Frankfurt 1969; für den Einfluß der Theorie, Rußland sei ein Festlandsdegen Englands, F. P. ten Kate, *De Duitse aanval op de Sowjet-Unie in 1941*, Groningen 1969, Bd. 1, S. 274.

¹⁸² Brief Moltkes, 16. 7. 1941.

¹⁸³ Brief Moltkes, 22. 7. 1941.

¹⁸⁴ Brief Moltkes, 1. 7. 1941.

¹⁸⁵ Brief Moltkes, 3. 7. 1941.

¹⁸⁶ Mitt. Pater A. Rösch SJ, 27. 7. 1961.

eine Aufzeichnung, die mit folgendem vernichtenden Urteil schloß: „Zusammenfassend bin ich daher der Meinung, daß kriegswirtschaftlich gesehen die Besetzung der russischen Gebiete ein ausgesprochener Fehlschlag ist, zu einer Verzettelung der wirtschaftlichen Kräfte geführt hat und unabsehbare Ansprüche an den Nachschub von Investitionsgütern stellt, um die Wirtschaft in den besetzten Ostgebieten auch nur einigermaßen in Gang zu halten.“¹⁸⁷

Eine besondere Schwierigkeit war, daß die Sowjetunion nur einen Teil des Genfer Abkommens, die Bestimmungen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken, ratifiziert hatte¹⁸⁸. Daher wandte sich die Abteilung Kriegsgefangene im AWA¹⁸⁹ schon in der ersten Woche nach Beginn des Feldzugs an die Abteilung Ausland mit der Bitte, doch nachzuprüfen, ob das Internationale Rote Kreuz zur Hilfeleistung für die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland herangezogen werden könne¹⁹⁰. Weiter wurde angeregt, über das Auswärtige Amt die Schutzmacht¹⁹¹ bitten zu lassen, bei der russischen Regierung dahingehend zu intervenieren, daß wenn Deutschland auf die russischen Kriegsgefangenen die Bestimmungen des Genfer Abkommens vom 27. 7. 1929 anwende, man hoffe, daß sich auch Rußland an diese Vorschriften halten werde und nachträglich noch seinen Beitritt zum Genfer Abkommen erkläre¹⁹². In der von Schmitz verfaßten Antwort wurde bemerkt, es sei fraglich, ob nicht bestimmte Befehle, die während des Krieges deutscherseits gegeben worden seien, mit einer solchen Erklärung in Widerspruch stünden. Gegebenenfalls müßten diese im Interesse der deutschen Kriegsgefangenen modifiziert werden. Außerdem müsse es genügen, wenn die Sowjetunion zusage, daß sie sich an die Vorschriften des Genfer Abkommens halten werde. Die Forderung nach einer ausdrücklichen Beitrittserklärung gehe zu weit¹⁹³. Tatsächlich hat die Sowjetunion über Schweden mitteilen lassen, daß sie dem deutschen Wunsch entsprechen werde¹⁹⁴. Ein Vorschlag der Abteilung Ausland, positiv auf diese Zusage zu reagieren, wurde von der militärischen Führung abgelehnt¹⁹⁵.

Eine weitere Schwierigkeit war die „Sprachregelung“, daß die Russen angeblich keine Kriegsgefangenen machten¹⁹⁶. Daher bemühte sich die völkerrechtliche

¹⁸⁷ Notiz für Admiral Gladisch, 27. 10. 1942 (BA: MA, Nachlaß Gladisch).

¹⁸⁸ Außerdem hatte die Sowjetunion die Haager Landkriegsordnung nicht als für sich verbindlich anerkannt. Sie hatte sich von allen Verträgen, die die zaristische Regierung abgeschlossen hatte, losgesagt. Von kriegsrechtlichen Verträgen hatte sie lediglich die Abkommen ausdrücklich als für sich verbindlich erklärt, die sich auf das Rote Kreuz bezogen.

¹⁸⁹ Allgemeines Wehrmachtamt.

¹⁹⁰ Schnellbrief vom 24. 6. 1941 (BA: MA, II W 435).

¹⁹¹ Schweden.

¹⁹² Schnellbrief vom 24. 6. 1941, ebenda.

¹⁹³ Notiz betr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion vom 27. 6. 1941, in: BA: MA, III W 435.

¹⁹⁴ In einer Note vom 17. 7. 1941 unter der Bedingung der Gegenseitigkeit (Heinrich Uhlig, Der verbrecherische Befehl, in: Vollmacht des Gewissens, Bd. II, Frankfurt 1965, S. 525).

¹⁹⁵ Mitt. Jaenicke, 11. 7. 1969.

¹⁹⁶ Als Moltke und Schmitz in einem Memorandum wegen der Behandlung russischer Kriegs-

Gruppe, erst einmal das Vorhandensein deutscher Kriegsgefangener in Rußland nachzuweisen¹⁹⁷. So ließ Moltke russische Befehle verbreiten, in denen von einem Verbot, deutsche Kriegsgefangene standrechtlich zu erschießen, die Rede war, so z. B. in einem Befehl des Volkskommissariats für Verteidigungswesen, Leitung der politischen Propaganda der 5. Armee, vom 30. Juni 1941¹⁹⁸. Berichte über Lager für deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion schickte Moltke mit kurzen Bemerkungen der Abteilung Kriegsgefangene zu¹⁹⁹. Ähnlich verfuhr er mit einem übersetzten Zitat aus der „Daily Mail“ vom 19. September 1941, in dem ein Sprecher der Roten Armee erklärte, daß für jeden ermordeten russischen Kriegsgefangenen zehn deutsche erschossen würden²⁰⁰. In einem weiteren Bericht wandte dieser sich gegen die Behauptung, daß ein Befehl Stalins existiere, wonach die Russen keine Kriegsgefangenen machen sollten²⁰¹.

Nachdem somit das Vorhandensein deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion feststand, ging Moltke daran, dies offiziell anerkennen zu lassen. Er hatte insofern Erfolg, als der Chef des AWA²⁰², General Reinecke²⁰³, sich gezwungen sah, eine Betreuung deutscher Kriegsgefangener durch das Rote Kreuz vorzuschlagen²⁰⁴. Moltke fügte diesem Vorschlag hinzu: „Die Folge muß sein, daß wir das Rote Kreuz auch zu uns hereinlassen und damit unsere Methoden ändern.“²⁰⁵ Als die Abteilung Kriegsgefangene²⁰⁶ anregte, für jeden in sowjetrussischer Gefangenschaft getöteten Soldaten 500 Juden aus Deutschland nach dem Osten abzutransportieren²⁰⁷, um so über die Juden auf die Regierungen der Feindländer Druck auszuüben und eine gute Behandlung deutscher Kriegsgefangener zu erreichen, erwiderte die Abteilung Ausland, daß erstens der Zusammenhang zwischen der

gefangener protestiert und auf die Konsequenzen hingewiesen hatten, die deutsche Gefangene in russischen Kriegsgefangenenlagern erleiden müßten, kam ein scharfer Verweis: die Russen machen keine deutschen Kriegsgefangenen (briefl. Mitt. Frau L. Boedeker, 22. 1. 1969).

¹⁹⁷ Briefl. Mitt. Bürkner, 2. 8. 1963.

¹⁹⁸ Am 1. 7. 1941 (BA: MA, III W 435).

¹⁹⁹ Ebenda, Dok. 123, 163.

²⁰⁰ Ebenda, Dok. 22.

²⁰¹ Ebenda, Dok. 25.

²⁰² Allgemeines Wehrmachtamt.

²⁰³ „mein Hauptgegner“ (Bezeichnung Moltkes); vgl. G. L. Weinberg, Adolf Hitler und der NS-Führungsoffizier (NSFO), in dieser Zeitschrift 12 (1964), S. 443ff.; R. Hilberg, The Destruction of the European Jews, Chicago 1961, S. 220, 222.

²⁰⁴ Daß von deutscher Seite der Kontakt über das Rote Kreuz akzeptiert worden war, geht auch daraus hervor, daß es Briefe deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion an die Abteilung Ausland schickte zur Weiterleitung an die Angehörigen. Obwohl diese Briefe an das Reichssicherheitshauptamt weitergegeben werden sollten und niemals den Angehörigen zugesandt werden durften, hat einmal ein Mitarbeiter der Gruppe ca. 200 solcher Briefe zu je drei bis vier Briefen in die Berliner Briefkästen verteilt, damit sie ihren Bestimmungsort erreichten (briefl. Mitt. Pful, 17. 7. 1963).

²⁰⁵ Brief Moltkes, 14. 11. 1941.

²⁰⁶ Oberstleutnant Breyer.

²⁰⁷ Breyer teilte mit, daß er über diese Angelegenheit schon mit Himmler gesprochen hatte.

Mißhandlung von Kriegsgefangenen und der geplanten Maßnahme nicht recht einzusehen sei und daß ferner aller Voraussicht nach das Gegenteil von dem erreicht werde, was beabsichtigt sei. Deshalb wurde nahegelegt, von diesem Plan, der den Eindruck erwecke, daß die Deportationen auf Veranlassung des OKW geschähen, Abstand zu nehmen²⁰⁸.

Moltke und seine Mitarbeiter beschränkten sich jedoch nicht auf indirekte Beeinflussung der Entscheidungen auf diesem Gebiet. Sie wagten auch, direkt gegen die Mißhandlung sowjetrussischer Kriegsgefangener und die Verhältnisse in den Kriegsgefangenenlagern Einspruch zu erheben²⁰⁹. Wiederholt haben Mitarbeiter der Gruppe die Befehle für die Behandlung der sowjetrussischen Kriegsgefangenen als völkerrechtswidrig und Verstoß gegen das Haager Abkommen angeprangert. Dadurch machten sie sich bei der NS-Führung unbeliebt, und Canaris ließ wissen, daß man die Ausarbeitungen als „Juristenquatsch“ und „theoretisches Geschreibsel“ abgelehnt habe²¹⁰. Von dem Ausmaß der Mißhandlungen bei Kriegsgefangenen hatten Moltke und seine Mitarbeiter aber nur beschränkt Kenntnis, da keine Möglichkeit bestand, die Akten über Kriegsgefangenenlager einzusehen oder gar solche Lager zu besuchen. Meldungen hierüber, die in englischen Zeitungen erschienen, wurden als Feindpropaganda bewertet. Trotzdem war Moltke – wie aus seinen Briefen hervorgeht – relativ gut über die Zustände in den Lagern informiert: „Die Nachrichten aus dem Osten sind wieder schrecklich“, schrieb er an seine Frau, „wir haben offenbar doch sehr, sehr große Verluste. Das wäre aber noch erträglich, wenn nicht Hekatomben von Leichen auf unseren Schultern lägen. Immer wieder hört man Nachrichten, daß von Transporten von Gefangenen oder Juden nur 20% ankommen, daß in Gefangenenlagern Hunger herrscht²¹¹, daß unsere eigenen Leute vor Erschöpfung zusammenbrächen. Was wird passieren, wenn das ganze Volk sich klar ist, daß dieser Krieg verloren ist, und zwar ganz anders verloren als der vorige? Das mit einer Blutschuld, die zu unseren Lebzeiten nicht gesühnt und nie vergessen werden kann, mit einer Wirtschaft, die völlig zerrüttet ist? Werden die Männer aufstehen, die imstande sind, aus dieser Strafe die Buße und Reue und damit allmählich die neuen Lebenskräfte zu destillieren? Oder wird alles im Chaos untergehen?“²¹²

Zwei Versuche Moltkes, auf diesem Gebiet gegen Völkerrechtsverletzungen Einspruch zu erheben, seien noch erwähnt. Der erste Fall wurde auch in Nürnberg

²⁰⁸ Notiz Ausl. VIc, 7. 1. 1942 (BA: MA, II W 455).

²⁰⁹ So soll Moltke sich z.B. mit Erfolg eingeschaltet haben, als man die russischen Kriegsgefangenen durch Brandmale kennzeichnen wollte (Wengler, a. a. O., S. 301).

²¹⁰ Briefl. Mitt. Reichel, 25. 6. 1969.

²¹¹ Dazu ein anderes Zitat: „Es kommen Weisungen aus dem Hauptquartier, die einen an dem Verstand der dort sitzenden Leute zweifeln lassen. Es ist, im Ganzen genommen, direkt komisch. Plötzlich sollen jetzt die russischen Gefangenen im Großen in der gesamten Wirtschaft eingesetzt werden und in einem Nebensatz steht dabei ‚Ausreichende Ernährung ist eine selbstverständliche Voraussetzung‘. Sie tun so, als wüßten sie von ihren früheren Befehlen gar nichts.“ (6. 11. 1941.)

²¹² Brief Moltkes, 26. 8. 1941.

verhandelt²¹³. Nachdem Anfang September 1941 der Befehl, die Kriegsgefangenen härter zu behandeln, die Abteilung Ausland erreicht, Canaris aber andere diesbezügliche Weisungen erhalten hatte, wurde die Frage der Behandlung russischer Kriegsgefangener von Moltke in einem Bericht an den Chef des OKW grundsätzlich erörtert. Ein Absatz dieses Schriftstücks bezieht sich auf den berüchtigten Kommissarbefehl²¹⁴. Canaris, der nichts Wesentliches an diesem Bericht änderte, fügte nur noch eine Bemerkung hinzu²¹⁵ und leitete ihn dann weiter. Hierin wurden grundsätzliche Bedenken gegen die erlassenen Anordnungen vorgetragen und auf die sicherlich eintretenden, nachteiligen Folgen in politischer und militärischer Hinsicht hingewiesen²¹⁶. Keitel hatte dafür nur ironische Randbemerkungen übrig und betonte darin u. a. die Zweckmäßigkeit der Aktionen von Einsatzkommandos.

Ein anderes Mal wandte sich Moltke gegen eine Judenverordnung, die für die Wehrmacht Konsequenzen hatte: Im Einvernehmen mit der Abteilung Kriegsgefangene wurden in den Lagern, in denen sich russische Kriegsgefangene befanden, Juden und andere durch Einsatzkommandos zur Exekution „ausgesondert“²¹⁷. Mit dieser Maßnahme hängt wahrscheinlich zusammen, was Moltke in einigen Briefen am Rande erwähnt. Er berichtete zunächst, daß er sich auf einen großen Kampf in der Judensache vorbereite, und daß er damit wohl die ganze Woche zu tun haben werde²¹⁸. Am nächsten Tag schrieb er: „In dem Kampf gegen die neueste Judenverordnung habe ich immerhin erreicht, daß die 3 wichtigsten Generäle des OKW²¹⁹ dem vierten²²⁰ geschrieben haben, um ihm zu sagen, daß er sofort die von ihm für den Chef OKW erteilte Zustimmung zurückziehen muß. Der nächste Gang ist also der, ob er es nun tut. Danach wird dann erst der eigentliche Kampf losgehen. Wäre es nicht großartig, wegen einer solchen Sache aus diesem Verein herausgeworfen²²¹ zu werden?“²²² Zwei Tage später schrieb er: „Dabei ist es mir tatsächlich gelungen, dem Rad der Judenverfolgung zumindest hemmend ein wenig in die Speichen zu fahren. Meine selbstherrliche Vertretung der Interessen der Wehrmacht ist von Canaris und von Thomas gedeckt worden. Ich habe beide Briefe diktiert, und beide waren sichtlich erfreut, wie denn überhaupt, sobald einer steht, erstaunlich viele andere auch stehen. Aber einer muß eben immer erst vorangehen;

²¹³ IMT – EC 338; vgl. auch Uhlig, a. a. O., S. 400–404.

²¹⁴ Par. I. 3. aa (S. 402). Erklärung Bürkner, IMT – NOKW 3218; vgl. auch Hans-Adolf Jacobsen, Kommissarbefehl und Massensexekution sowjetischer Kriegsgefangener, in: Anatomie des SS-Staates, Freiburg 1965, Bd. II, S. 170 ff.

²¹⁵ Par. I. 8. (S. 403/4), ebenda.

²¹⁶ Par. II (S. 404).

²¹⁷ Anordnungen OKW/AWA vom 8. 9. 1941 betr. Behandlung von sowj. Kriegsgefangenen (IMT – NO 3417); vgl. dazu auch Hilberg, a. a. O., S. 219 f.

²¹⁸ Brief Moltkes, 10. 11. 1941. Zuvor hatte Lahousen im Auftrag von Canaris schon Einspruch erhoben (Hilberg, a. a. O., S. 223). Krausnick, Judenverfolgung, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. II, S. 577, weist auf „entschiedene Gegenvorstellungen“ von Canaris hin.

²¹⁹ Gemeint sind Canaris, Thomas und Jodl (?).

²²⁰ Reinecke; vgl. Hilberg, a. a. O., S. 220 u. 222.

²²¹ D. h. entlassen.

²²² Brief Moltkes, 11. 11. 1941.

von alleine wird so etwas nicht. Und ganz abgesehen von der großen Unannehmlichkeit und Anstrengung des Vorangehens: wie selten habe ich Gelegenheit es zu tun. Der Erfolg freut einen dann auch. So war es nett zu sehen, wie ein alter Oberst plötzlich einen ganz roten Kopf kriegte, sichtlich vor Freude darüber, daß einmal etwas getan wurde.“²²³ Am nächsten Tag berichtete Moltke, daß er in der Judensache ein Veto des OKW für den Augenblick erreicht habe²²⁴. Wenn auch nur ein Aufschub herauskam, so wird an diesem Beispiel doch deutlich, was eine einzelne Person damals noch tun konnte²²⁵.

IV. Ausschuß zur Fortbildung des Kriegsrechts

Die Haager Landkriegsordnung und die anderen Regeln des Kriegsrechts entsprachen dem Charakter des modernen Krieges nicht mehr. Das hat die Arbeit der Völkerrechtler in der Abteilung Ausland wesentlich erschwert und wird Moltke und Schmitz²²⁶ bei dem Versuch, das Kriegsrecht neu zu fassen, beeinflusst haben. Dieser Gedanke entstand nach Ablauf des Westfeldzuges, in einer Zeit also, in der – wie Moltke es ausdrückte – das Hauptziel seiner bisherigen Arbeit weggefallen war²²⁷. Damals wurde unter Leitung des Admirals Gladisch²²⁸ ein kriegsrechtlicher Ausschuß gebildet. Moltke begann zu dieser Zeit übrigens auch mit seiner Widerstandstätigkeit im Kreisauer Kreis²²⁹.

Dieser Ausschuß war in gewissem Sinn Nachfolger eines ebenfalls unter Gladischs Leitung stehenden „Ausschusses Kriegsrecht“ aus den Jahren 1935 bis 1938²³⁰. Auf Anregung der „Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften“²³¹ hatte sich in diesen Jahren eine Reihe von Männern aus Wissenschaft und Praxis zusammengefunden, um Probleme des Kriegsrechts – zunächst vor allem des Seekriegsrechts – zu klären. An den Besprechungen waren außer den Initiatoren das Kaiser-Wilhelm-Institut, das Auswärtige Amt, das Oberkommando der Wehrmacht, das Oberkommando der Marine, das Reichsluftfahrtministerium und das Reichsjustizministerium beteiligt²³². In einer größeren Zahl von Sitzungen

²²³ Brief Moltkes, 13. 11. 1941.

²²⁴ Brief Moltkes, 14. 11. 1941.

²²⁵ Die Exekutionen waren damals schon seit mehreren Monaten in vollem Gange (Hilberg, a. a. O., S. 220–224).

²²⁶ „Außerdem wollte ich Schmitzens und meine Sonderpläne etwas fördern.“ (Brief Moltkes, 30. 6. 1940).

²²⁷ Brief Moltkes, 19. 5. 1940; vgl. dazu auch Moltkes Bemerkung: „Ich hoffe, wir können das so drehen, daß es eine Art Sonderauftrag wird, der uns von dem regelmäßigen Dienst weitgehend befreit. Immerhin könnte das interessant werden, wenn es uns gelänge, die Sache auszubauen.“ (Brief Moltkes, 17. 7. 1940.)

²²⁸ Vgl. Anm. 21.

²²⁹ Dazu Ger van Roon, a. a. O., S. 215 ff.

²³⁰ Mitt. Féaux de la Croix, 9. 7. 1969; Strebel, 11. 7. 1969 und briefl. Mitt. 15. 7. 1969; BA: Reichsjustizministerium, Akten Völkerrecht.

²³¹ Vgl. Anm. 23.

²³² Zu den regelmäßigen Teilnehmern gehörten Prof. Bruns, Prof. Schmitz, Dr. Kriege, Dr. Féaux de la Croix, Graf Stauffenberg, Dr. Widmann, Dr. Eckhardt, Dr. Tafel.

wurden viele Fragen dieses Gebietes durchdiskutiert. Später bearbeitete man in diesem Kreis im Auftrag des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine wichtige Gesetzesentwürfe für die Führung des Handelskrieges. Das Ergebnis dieser Arbeit waren die 1939 erlassene „Prisenordnung“ und die „Prisengerichtsordnung“, bei denen Berthold von Stauffenberg federführend gewesen ist²³³. Daneben befaßte sich ein Unterausschuß mit den Anfängen eines deutschen Luftkriegsrechts. Von den späteren Mitarbeitern der völkerrechtlichen Gruppe nahmen der Leiter, Major Tafel, und Professor Schmitz als stellvertretender Direktor des Instituts an den Beratungen teil. So hielt Schmitz im April 1938 ein Referat über Kriegs- und Sperrgebiete²³⁴. Auch wurde wohl mit einzelnen Sachverständigen Verbindung aufgenommen. Dadurch hatte der Ausschuß hin und wieder mit Moltke Kontakt²³⁵, der nicht zu den eigentlichen Mitarbeitern des Instituts gehörte, aber sicher zu dessen weiterem Kreis. Auf die Arbeit dieses „Ausschusses Kriegsrecht“ konnten Moltke und Schmitz bei ihrem Versuch, das Kriegsrecht neu zu formulieren, zurückgreifen und sie teilweise unter neuen Gesichtspunkten weiterverfolgen.

Offiziell war das Ziel der Arbeit, Unterlagen für den Fall, daß bei einer zukünftigen Friedenskonferenz auch Fragen des internationalen Rechts geregelt werden sollten, zur Vertretung der deutschen Interessen bereitzustellen. Natürlich wurden die Diskussionen von der aktuellen Situation beeinflusst²³⁶, im ganzen aber hatte die Arbeit bestenfalls theoretischen Wert und mutet deshalb etwas weltfremd²³⁷ an. Für Moltke war sie zugleich Tarnung seiner Aktivität im Widerstand²³⁸.

„Der Zeitpunkt der Wiederherstellung des Friedens gibt eine Gelegenheit, für die Grundsätze des Kriegsrechts, welche sich in diesem Kriege in unserem Sinn bewährt haben, unter Berücksichtigung der durch den Frieden veränderten Lage die Anerkennung aller Staaten und damit deren allgemeine Verbindlichkeit zu erreichen. Dieses könnte durch eine gemeinsame Erklärung aller Kriegführenden und wichtigen Neutralen über die Rechtsgrundsätze auf folgenden Gebieten herbei-

²³³ H. Strehel, Berthold Schenk Graf von Stauffenberg, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Bd. XIII, S. 15; Mitt. Féaux de la Croix, 9. 7. 1969.

²³⁴ Veröffentlicht in der Zeitschrift des Instituts, Bd. VIII (1938), S. 641–671 (Sperrgebiete im Seekrieg).

²³⁵ Mitt. Féaux de la Croix, 9. 7. 1969.

²³⁶ Das geht z.B. aus der folgenden Bemerkung Moltkes hervor: „Außerdem soll ich noch zwei Admirälen vor meiner Abreise einen Vortrag über die Aussichten der Fortentwicklung des Völkerrechts in seinem Einfluß auf den Handelskrieg halten, und jedem einzeln.“ (Brief Moltkes, 18. 6. 1940); mit den zwei Admirälen sind wohl Admiral Gladisch, Reichskommissar beim Oberpreisenhof, und sein Stellvertreter, Admiral von Gagern, gemeint.

²³⁷ Briefl. Mitt. W. von Tappelskirch, 25. 8. 1966.

²³⁸ Vgl. Ger van Roon, a. a. O., S. 224/5. Einem Bekannten machte Moltke eines Tages die Mitteilung, daß „ein Kreis von Beamten und Offizieren verschiedener Dienststellen in Bildung sei mit dem offiziellen, vom OKW zu genehmigenden Ziele, die Wünsche der Wehrmacht im Falle des endgültigen Sieges auszuarbeiten; in Wahrheit aber wolle man unter dem Mantel der Legalität beraten, was in dem Augenblick zu tun sei, in dem das nationalsozialistische Regime am Ende sei.“ (Hans Peters, Erinnerungen an den Kreisauer Kreis, unveröffentlichte Niederschrift, 26. 11. 1952.)

geführt werden: Seekrieg, Luftkrieg, Landkrieg, Wirtschaftskrieg und Neutralität.²³⁹ Mit diesen Worten fing die gemeinsame Vorlage von Schmitz und Moltke für den Chef des OKW vom 20. Juni 1940 an. Die Initiative zu Verhandlungen über eine solche Erklärung – so hieß es dort – würde Deutschland die Sympathie der nichtbefreundeten Neutralen verschaffen²⁴⁰ und die im Krieg gewonnenen Rechtspositionen allgemein verbindlich machen. So würde auch die seit Kriegsbeginn verfolgte Linie, die britische Rechtsauffassung über die Ausübung der Seeherrschaft²⁴¹ zu brechen, folgerichtig fortgesetzt werden. Die Verfasser schlugen deshalb vor, daß das OKW einen Ausschuß von Sachverständigen mit der Aufstellung eines Arbeitsprogramms beauftrage. Aufgrund dieser Arbeiten sollte dann der dem OKW angegliederte Ausschuß für Kriegsrecht, der unter dem Vorsitz von Gladisch Vertreter aller Wehrmachtsteile, des Oberkommandos der Wehrmacht, des Auswärtigen Amtes und des Reichsjustizministeriums umfaßte, endgültige Vorschläge formulieren. Nach einigen Wochen erhielten die Verfasser eine positive Antwort vom Chef des OKW, allerdings unter der Bedingung, daß die Arbeit, ohne in anderen Obersten Reichsbehörden Aufsehen zu erregen, vor sich gehe und der Ausschuß seinen Teilnehmerkreis möglichst eng halte²⁴². Daraufhin wurde von seiten der Abteilung Ausland an Admiral Gladisch entsprechend den vorausgegangenen Besprechungen die Frage gerichtet, ob er bereit sei, Zusammensetzung und Leitung des vorbereitenden Ausschusses zu übernehmen²⁴³. Nach der Zusage Gladischs²⁴⁴ fand am 30. August in den Räumen des Reichskommissars für den Oberpräsenhof eine Besprechung statt, an der Bürkner, Gladisch, Moltke, Schmitz und ein Mitarbeiter Gladischs, Dr. Widmann, teilnahmen²⁴⁵. Vertreten werden mußten neben der Kriegsmarine, für die Gladisch verantwortlich zeichnen zu können glaubte, die Luftwaffe und das Heer²⁴⁶. Der Admiral betonte, daß er außerdem be-

²³⁹ Abschrift im Nachlaß Gladisch.

²⁴⁰ Randbemerkung von General Jodl: „haben wir schon.“ (ebenda).

²⁴¹ Wie Moltke darüber in Wirklichkeit dachte, geht aus einem Memorandum vom Anfang 1941 hervor: „Großbritannien und das britische Weltreich, insbesondere aber die Flotte, haben ein Prestige errungen, das sie mit keiner Festlandsmacht zu teilen brauchen.“ (Ausgangslage, Ziele und Aufgaben, 24. 4. 1941, in: Ger van Roon, a. a. O., S. 512.)

²⁴² Datiert 2. 7., auf der letzten Seite der Vorlage; erreichte die Abteilung Ausland am 17. 7.

²⁴³ Dazu auch Moltkes Bemerkung: „Heute ist, wie ich telephonisch gehört habe, der Bescheid von Keitel gekommen, daß Schmitz und ich in der Bearbeitung der kriegsvölkerrechtlichen Fragen für den Fall des Friedensschlusses freie Hand haben sollen. Das ist zwar noch nicht viel, aber doch etwas.“ (Brief Moltkes, 17. 7. 1940).

²⁴⁴ Am 19. 8. 1940 (laut Aktennotiz von Gladisch).

²⁴⁵ Brief OKW – Abt. Ausland, 14. 8. 1940, in: Nachlaß Gladisch.

²⁴⁶ Genannt wurden Major von Tippelskirch und Hauptmann von Berchem. Der erstere hatte damals das Referat „Vorbereitung des Friedensvertrages von seiten der Wehrmacht“ im Wehrmachtführungsstab inne. Als er sich bei General Jodl meldete, sagte dieser u. a.: „Der Krieg ist gewonnen, er muß noch beendet werden.“ (Briefl. Mitt. Tippelskirch, 25. 8. 1966). Als es dann doch nicht so schnell ging, wie Jodl sich das im Sommer 1940 gedacht hatte, entstand aus dem Referat Friedensvertrag die bis dahin nicht vorhandene Quartiermeister-Abteilung im Wehrmachtführungsstab. Weil Hauptmann von Berchem bald darauf

sonderen Wert auf die Mitarbeit Stauffenbergs lege²⁴⁷. Folgende Situation wurde zum Ausgangspunkt der Überlegungen gemacht: „Deutschland steht an der Spitze eines europäischen Staatenblocks, dem England nicht angeschlossen ist. Der Schwerpunkt Englands liegt in einer transatlantischen Kombination mit USA. Deutschland verfügt über Kolonien in Afrika und ist im Besitz maritimer Stützpunkte im Atlantik sowie einer ausreichenden Kriegs- und Handelsflotte (Kriegsflotte in Größe second to one). Als Gegner sind, abgesehen von der transatlantischen Kombination, in zweiter und dritter Linie Rußland und Japan²⁴⁸ ins Auge zu fassen.“²⁴⁹ Entsprechend dieser Lage würde es von wesentlicher Bedeutung sein, wenn man bei der Bearbeitung der Probleme mit dem Seekriegsrecht anfinfe.

Der Ausschuß²⁵⁰ konstituierte sich am 7. September 1940. In seiner Begrüßungssprache führte Gladisch aus, daß das Kriegsrecht an zwei Hauptmängeln leide: Es sei erstens nicht einheitlich, da Land-, See- und Luftkriegsrecht von verschiedenen Grundsätzen ausgingen und zweitens vorwiegend von englischen Interessen bestimmt. Das Kriegsrecht kenne bislang nur ein Land- und Seekriegsrecht, dagegen noch kein hinreichendes Luftkriegsrecht. Dieses sei schon nach dem letzten Krieg notwendig gewesen, jetzt aber – nach der Fortentwicklung der Luftkampftechniken – unerlässlich. Bisher sei der Krieg in erster Linie von der bewaffneten Macht an der Front geführt worden, durch den Luftkrieg habe sich das Kampfgebiet auf den Lebensraum der Nationen ausgedehnt und somit auch die Zivilbevölkerung in nicht dagewesenem Umfang miteinbezogen. Es gelte nun, diese durch ein Luftkriegsrecht zu schützen. Außerdem sei das Kriegsrecht bisher immer von Nationen geformt worden, die zur Zeit seiner Abfassung die Macht in Händen hatten. So trage das Seekriegsrecht in erster Linie den Interessen Englands Rechnung. Folgerichtig würde auch ein später zu schaffendes Luftkriegsrecht von der Nation bestimmt, die den Luftraum beherrsche. Um also nach dem Krieg bei internationalen Beratungen federführend sein zu können, müsse Deutschland sich eine starke Position schaffen, u. a. durch die theoretische Vorbereitung eines Luftkriegsrechts. Dies sollten die Grundlagen für die Arbeit des Ausschusses sein²⁵¹. Nach diesen Ausführungen Gladischs wurde den Teilnehmern eine kurze Aufzeichnung überreicht, in der Aufgabe, Ausgangslage und Ansatzpunkt formuliert waren.

Eine Aussprache über das Programm fand bei der nächsten Besprechung des Ausschusses am 30. September in den Räumen des RPO statt. Moltke übersandte

ein anderes Kommando bekommen hatte, schied er als Vertreter der Luftwaffe aus (Brief Moltkes an Graf Stauffenberg, 7. 9. 1940, in: Nachlaß Gladisch).

²⁴⁷ Vgl. S. 40f.

²⁴⁸ Ironischerweise stand gerade in diesen Wochen die Unterzeichnung des Dreimächtepaktes bevor, den Japan mitunterzeichnete, während man sich bemühte, die SU zum Beitritt zu bewegen.

²⁴⁹ Aktennotiz Admiral Gladisch.

²⁵⁰ Offiziell: Vorausschuß Kriegsrecht (K.R.).

²⁵¹ Rekonstruiert nach briefl. Mitt. Tippelskirch, 25. 8. 1966; übereinstimmend damit eine Aufzeichnung vom 6. 9. 1940, in: Nachlaß Widmann (BA: MA).

von Kreisau aus seinen Beitrag²⁵², da er nicht an der Sitzung teilnehmen konnte. Aufgrund seiner Erfahrungen beim Sonderstab HWK betonte er darin besonders die Bedeutung des Wirtschaftskrieges und schlug ein einheitliches Wirtschaftskriegsrecht vor. Trotz der relativ homogenen Zusammensetzung des Kreises dürfte das von ihm angeführte Beispiel²⁵³, mit dem er an frühere Gedanken anknüpfte²⁵⁴, bei einigen Teilnehmern Staunen erregt haben²⁵⁵. Er warnte davor, ganz auf Deutschland abgestellte Grundsätze zu formulieren, da sie doch nicht eingehalten werden könnten²⁵⁶.

Übereinstimmung herrschte bezüglich der ersten Aufzeichnungen und außerdem – im Gegensatz zu der Ansicht Moltkes – darüber, daß es zunächst nicht zweckmäßig sei, in dem geplanten Programm von einem eigenen Gebiet „Wirtschaftskrieg“ zu sprechen. Zum weiteren Fortgang der Arbeiten wurde beschlossen, für die Gebiete Seekrieg, Landkrieg, Luftkrieg und Neutralität je einen Katalog der wichtigsten Probleme aufzustellen. Stauffenberg übernahm dabei das Ressort „Seekrieg“, Schmitz in Zusammenarbeit mit Major von Tippelskirch das Gebiet „Landkrieg“, Dr. Widmann und Major Queissner sollten sich mit dem Problem des Luftkriegs, Schmitz sowie Moltke sich mit dem der Neutralität befassen²⁵⁷. Die Fragenkataloge wurden bei den nächsten Sitzungen im Laufe des Monats Oktober durchdiskutiert²⁵⁸. Zum Thema „Seekrieg“ plädierte Moltke für eine Abschaffung oder Einschränkung des Seebeute- und Banngutrechts, bei der Debatte über die Probleme des Landkriegs bezeichnete er die Frage der Verwendung und Ausbildung von Farbigen als eine der wesentlichsten, die gleich nach Beendigung des Krieges gelöst werden müsse. Er befürwortete dabei, sich der englischen Meinung anzu-

²⁵² Abgeschickt aus Kreisau am 16. 9. 1940; Nachlaß Gladisch.

²⁵³ „Um diesen Ausgangspunkt klarer zu machen, möchte ich ein Beispiel geben. Wenn wir vorschlagen sollten, Getreide von der Banngutliste zu streichen, so müssen wir folgerichtig: a. Angriffe der Luftwaffe auf die Getreidebevorratung und Getreidefelder verbieten, b. die Wegnahme von Getreide aus besetzten Gebieten verbieten, c. die Lieferung von Getreide durch Neutrale, auch über das Maß des ‚normalen Warenverkehrs‘ hinaus zulassen und daraus keine Vorwürfe herleiten. Gleichgültig, ob dieses Beispiel für richtig gewählt gehalten wird, soll es nur zeigen, daß eine uneinheitliche Lösung nicht haltbar ist, denn zu a. es ist unsinnig, Getreide erst bis in den Hafen zu lassen und dann seine Luftwaffe damit zu belasten, das zu zerstören, was die Marine hat frei passieren lassen; zu b. man kann nicht die Ausplünderung besetzter Gebiete von solchen Waren zulassen, die der Kriegführende frei einführen kann; zu c. da der Kriegführende unbehindert Getreide über See einführen kann, kann die Lieferung des Neutralen, auch wenn sie nicht normal ist, die Kriegsentscheidung nicht wesentlich beeinflussen – abgesehen von dem hier beiseite gelassenen Tonnageproblem.“ (Beitrag zu der Erörterung über die Aufstellung eines Programms, S. 2, in: Nachlaß Gladisch.)

²⁵⁴ Vgl. S. 26.

²⁵⁵ Daß Moltke mindestens auch mit einer leichten Befremdung der Teilnehmer rechnete, geht aus dem Satz „Gleichgültig . . . wird“ hervor.

²⁵⁶ „Wir würden sonst nur Regeln aufstellen, deren Bruch durch unsere Gegner uns im Ernstfalle keine politischen Vorteile bringen würde.“ (Ebenda, S. 4.)

²⁵⁷ Niederschrift der Sitzung, in: Nachlaß Gladisch.

²⁵⁸ Am 8., 10., 14., 21., und 22. 10. 1940.

schließen, die gegen eine Einbeziehung der Afrikaner sei²⁵⁹. In der Frage, welche Rechte die besetzende Macht im besetzten Gebiet haben solle, betonte Moltke, daß die Erhaltung des Wirtschaftskörpers als Prinzip gelten müsse²⁶⁰.

Als die Diskussionen zeigten, daß die Ressorts nicht immer scharf getrennt werden konnten und daß auch die Erörterung des Wirtschaftskrieges wichtig war, stellte Moltke für dieses Gebiet ebenfalls einen Katalog von Fragen auf²⁶¹. Bei der Diskussion betonte er, daß noch weitgehend ungeklärt sei, was zum Wirtschaftskrieg gehöre. Seiner Zusammenstellung lag ein Arbeitsplan des Sonderstabes HWK zugrunde (der einzigen Stelle, die sich mit diesen Fragen bisher beschäftigt hatte). Moltke war sich klar darüber, daß manche Punkte wieder abgesetzt werden müßten, da sie entweder einer rechtlichen Erfassung überhaupt unzugänglich oder als innenpolitische Maßnahmen völkerrechtlich bedeutungslos seien. Für andere Punkte käme eine Einbeziehung in das Neutralitätsrecht in Betracht, wobei sich jedoch die Frage stelle, inwieweit man einen Druck auf die neutralen Staaten ausüben dürfe, um sie der eigenen Wirtschaftskriegsführung gefügig zu machen, ohne dadurch die Neutralität zu beeinträchtigen.

In ihrer sehr ausführlichen und detaillierten Arbeit über die Problematik des Neutralitätsrechts²⁶² betonten Schmitz und Moltke, daß der Krieg weniger die Grundlagen des Kriegsrechts als vielmehr die des Neutralitätsrechts erschüttert habe. Da die Kriegführenden selbst ein Anwachsen der Zahl ihrer Gegner nicht wünschen konnten, mußten sie daran interessiert sein, möglichst vielen Staaten ihr Recht auf Neutralität zu gewähren, indem sie es achteten.

Moltkes Entwurf²⁶³ zu diesem Thema und das Ergebnis der anschließenden Besprechungen wurde am 5. Dezember in Form einer Denkschrift dem Chef des OKW vorgelegt. In ihr unterschied man sieben grundsätzliche Fragenkomplexe²⁶⁴, deren

²⁵⁹ „Graf Moltke sagt, die englische Unterscheidung läge klar zu Tage. Die Staaten außerhalb Afrikas sollten selbständig werden. Daher müßten sie eine militärische Ausbildung erhalten, da sie sich später selbst verteidigen müßten. Die Selbständigkeit Afrikas sei nicht ins Auge gefaßt, daher bilde da die Ausbildung eine reine Gefahr. Hieraus sei die Unterscheidung zwischen Afrika und anderen Gebieten zu erklären. Man müsse sich darüber klar werden, ob man sich dem anschließen wolle oder nicht.“ (Niederschrift der Sitzung, in: Nachlaß Gladisch, S. 17.)

²⁶⁰ „Man dürfe nicht große Fabriken abmontieren. Man dürfe nicht aus organisatorischen Gründen Unternehmen im besetzten Gebiet stilllegen. Man dürfe Betriebsgeheimnisse nicht wegnehmen. Man bekomme sonst an dieser Stelle Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit.“ (Ebenda, S. 28.)

²⁶¹ Katalog der Maßnahmen eines reinen Wirtschaftskrieges, 2 S., 10. 10. 1940.

²⁶² Hauptfragen des Neutralitätsrechts, 20 S., 21. 10. 1940.

²⁶³ Datiert am 1. 11. 1940.

²⁶⁴ a. Soll das Banngutrecht beibehalten, eingeschränkt oder abgeschafft werden? b. Soll ein neues Recht des Sperrgebiets geschaffen werden? c. Wie ist das Recht der besetzenden Macht zur Ausnutzung der Wirtschaft besetzter Gebiete umzugestalten? d. Wie ist der Begriff des militärischen Objekts im Luftkrieg zu fassen? e. Welche Regeln lassen sich für eine „wirtschaftliche Neutralität“ aufstellen? f. Soll der Grundsatz der Unverletzlichkeit des neutralen Staatsgebiets eingeschränkt werden? g. Welche Einschränkungen sind für die Ausbildung und Verwendung farbiger Truppen erforderlich?

Lösung von wesentlicher militärischer, politischer und rechtlicher Bedeutung sein konnten. Zuletzt wurden noch eine Reihe von Einzelfragen genannt. In einer von Canaris unterzeichneten Verfügung des Chefs des OKW vom 19. Februar 1941 wurde Gladisch beauftragt, die Leitung der weiteren Arbeiten zu übernehmen. Als Arbeitsmethode wurde bestimmt, daß zunächst jeder Wehrmachtsteil sein Gebiet behandle, die Einheitlichkeit aber dadurch sichergestellt werde, daß Gladisch auch Leiter der Arbeitsausschüsse bei den Wehrmachtsteilen sei. Erst wenn diese Vorarbeiten beendet seien, werde es notwendig, sie in einem größeren Ausschuß aufeinander abzustimmen²⁶⁵.

Admiral Gladisch wurde zuerst beauftragt, für das Oberkommando der Marine die Fragen des Seekrieges zu bearbeiten. In einer Besprechung²⁶⁶, an der Gladisch, Moltke, Schmitz und Widmann als Mitglieder des zentralen Arbeitsstabes teilnahmen, wurde vereinbart, zunächst Stellungnahmen von wirtschaftlichen Sachverständigen für Maßnahmen in einem zukünftigen Seekrieg einzuholen, um die Autarkie bzw. Nicht-Autarkie des zu verteidigenden europäischen Raumes festzustellen. Zu diesem Zweck sollte auch mit den Verantwortlichen für den Vierjahresplan und mit dem Wirtschafts-Rüstungsamt Verbindung aufgenommen werden. Die voraussichtliche Änderung der Lage in Osteuropa²⁶⁷ sollte Anlaß sein, die bislang gültige Ausgangsposition²⁶⁸ auf ihren Wert als Arbeitsgrundlage noch einmal zu überprüfen und dabei auch die Frage des Verzichts auf deutschen Kolonialbesitz in Afrika miteinzubeziehen²⁶⁹. Nachdem die Stellungnahmen der Sachverständigen vorlagen, wurde ein Bericht an das OKM fertiggestellt²⁷⁰. In der Frage „Autarkie oder Welthandel“ fiel die Entscheidung zugunsten des Welthandels²⁷¹; die Frage, ob Deutschland im Verein mit dem übrigen Europa bei einem zukünftigen Krieg sich auf seine autarke Kriegswirtschaft verlassen könne, wurde verneint. Diese Entscheidung wurde im Juni 1943 noch einmal in einer Aussprache mit dem Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Hoffmann, bestätigt²⁷².

²⁶⁵ Brief, Nachlaß Gladisch.

²⁶⁶ Am 3. 4. 1941 (Aktennotiz, Nachlaß Gladisch).

²⁶⁷ Aufgrund der Ereignisse in Jugoslawien und Griechenland überschritten deutsche Truppen am 6. 4. die jugoslawische und griechische Grenze.

²⁶⁸ Wie Moltke die Ausgangslage wirklich beurteilte, hat er in diesem Monat in einer ausführlichen Denkschrift für die Kreisauer Arbeit auseinandergesetzt (Ger van Roon, a.a.O., S. 507 ff.). Ohne Zweifel hat dabei die Tätigkeit des Ausschusses als Tarnung gedient, aber schon die Bemerkung „Deutschland ist besiegt“ (S. 511) läßt den Widerspruch zur Arbeit des Ausschusses klarwerden.

²⁶⁹ Vielleicht aufgrund der erfolgreichen englischen Offensive in Nordafrika im Dezember 1940; auch weil die Entwicklungen auf dem Balkan die Aufmerksamkeit wieder stärker auf die Sowjetunion und damit auf kontinentale Belange lenkten.

²⁷⁰ Zwei Entwürfe Moltkes, Nachlaß Gladisch.

²⁷¹ Fast ironisch lautete dabei die Folgerung: „... denn es ist wiederholt von der Staatsführung betont worden, daß nach dem Kriege die materiellen Lebensbedingungen des Volkes wesentlich gebessert werden würden. Das läßt sich nur auf dem Wege der Welthandelslösung erreichen, ...“ (S. 2).

²⁷² Die von Moltke verfaßte Grundlage für die Diskussion und das Protokoll der Besprechung,

Die für Deutschland immer schwieriger werdende Kriegslage führte schließlich dazu, daß die Bemühungen um die Weiterentwicklung des Kriegsrechts im Sande verliefen. Immerhin ist bemerkenswert, daß man in den Diskussionen und Entscheidungen des Ausschusses zu Ergebnissen kam, die zu der offiziellen nationalsozialistischen Politik in erheblichem Widerspruch standen. Das wird zur Beendigung dieser Besprechungen beigetragen haben. Als einer der Mitarbeiter in diesem Ausschuß Moltke nahelegte, einen Antrag auf Auflösung zu stellen, da die Arbeit doch zu keinem praktischen Ergebnis führe, hat dieser geantwortet, es sei trotzdem wichtig, daß ein kleiner Stab von Mitarbeitern sich im Hinblick auf die Zukunft an diesen Fragen schule²⁷³.

V. Die besetzten Gebiete

Für die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete konnte Moltke weniger tun als für die Kriegsgefangenen. Nur wenn es sich um Befehle militärischer Stellen handelte – also nicht um Maßnahmen der Reichskommissare oder der Einsatzgruppen des Reichsführers SS –, waren das OKW und damit Moltkes Abteilung zuständig. Immerhin hat Moltke sogar außerhalb seines Zuständigkeitsbereichs versucht, seine Ansichten geltend zu machen²⁷⁴.

Die ersten Ansätze dieser Tätigkeit Moltkes fielen in die Zeit, als er sich beim Sonderstab HWK für die neutralen Länder einsetzte²⁷⁵. Mit Genugtuung bemerkte er, daß es Schmitz gelang, für die Wahrung der belgischen und niederländischen Neutralität einzutreten²⁷⁶.

Obwohl die ersten direkten Bemerkungen Moltkes über das deutsche Vorgehen in Polen aus späterer Zeit stammen, kann man an ihnen doch das Ausmaß seiner Erschütterung ablesen²⁷⁷. Zusammen mit Schmitz hat er seine Meinung darüber offen zum Ausdruck gebracht²⁷⁸, und als er später im Kreisauer Kreis über das

an der außer Gladisch und Hoffmann, Ministerialrat Kadgien vom Vierjahresplan, Ministerialrat Dr. Eckhardt als Vertreter der Seekriegsleitung und Oberlandesgerichtsrat Féaux de la Croix, Major Reichel, Graf Moltke und Dr. Widmann vom Arbeitsstab Admiral Gladisch teilnahmen, im Nachlaß Gladisch. Hoffmann befürwortete eine Autarkie-Lösung, mußte aber bei der Besprechung die Schwierigkeiten und Risiken dieser Lösung eingestehen.

²⁷³ Mitt. Féaux de la Croix, 9. 7. 1969.

²⁷⁴ Z. B. mit seinen Kontakten zu SD-Dienststellen in den besetzten Gebieten in der Frage der Geiselerchießungen; dazu S. 53.

²⁷⁵ Vgl. S. 27.

²⁷⁶ „Es ist immer gut, in diesem Punkte vorzubauen.“ (Brief Moltkes, 19. 1. 1940.)

²⁷⁷ „Heute beginnt der Prozeß, durch den Dänemark allmählich Polen angeglichen werden soll.“ (Brief Moltkes, 13. 4. 1940); „Heute war wieder ein entsetzlicher Tag, weil wir jetzt anfangen, uns in Norwegen zu benehmen wie in Polen.“ (Brief Moltkes, 22. 4. 1940.)

²⁷⁸ „Heute Morgen haben Schmitz und ich einen heftigen Kampf in einer Sitzung der Akademie für Deutsches Recht um die Stellung der Polen in dem von uns besetzten Gebiet geführt. Es wurden dabei wirklich unglaubliche Thesen vertreten und Schmitz und ich haben immer abwechselnd gesprochen. Es war einfach toll. Leider nutzt es nichts, aber immerhin haben wir unsere eigene Ehre gerettet.“ (Brief Moltkes, 27. 6. 1940.)

Problem der Wiedergutmachung diskutierte, lag ihm Polen besonders am Herzen²⁷⁹. Als dieses Land der SS für die von Hitler persönlich befohlenen „Ausrottungsaktionen“ überlassen worden war, trat die Wehrmacht gegen die weitere Betätigung von Einsatzgruppen auf²⁸⁰. Trotzdem wurden in fast allen eroberten Gebieten²⁸¹ Höhere SS- und Polizeiführer eingesetzt. Im Fall Dänemarks hat Moltke versucht, den entsprechenden Befehl zu verhindern, kam damit jedoch zu spät²⁸². Als dann bei der Besetzung Norwegens die dem Militär gegebenen Versprechungen wieder nicht eingehalten wurden und ebenfalls SS den Truppen folgte²⁸³, empörte Moltke sich vor allem über den mangelnden Widerstand der Wehrmacht²⁸⁴. Zynisch äußerte er sich schließlich über das „Gezänk“ der einzelnen Besatzungs-Organe untereinander²⁸⁵.

Auf die politisch-polizeiliche und organisatorische Erfassung der besetzten Länder folgte ihre wirtschaftliche Ausplünderung²⁸⁶. Diesen Völkerrechtsbruch besprach Moltke mit dem neuen Militärbefehlshaber von Belgien und Nordfrankreich, von Falkenhausen, während einer Dienstreise im August 1940, die der Vorbereitung einer für September geplanten „Besichtigungsreise“ Admiral Gladischs²⁸⁷ galt. In einem Brief vom 9. August kritisierte Moltke viele Vorfälle aus den Kriegstagen und prangerte mit besonderer Schärfe das Auskaufen der Läden durch Deutsche²⁸⁸,

²⁷⁹ Brief Moltkes, 1. 7. 1942.

²⁸⁰ Dazu u. a. Helmut Krausnick, *Hitler und die Morde in Polen, Ein Beitrag zum Konflikt zwischen Heer und SS um die Verwaltung der besetzten Gebiete*, in dieser Zeitschrift 11 (1963), S. 196 ff.

²⁸¹ Nur nicht in Belgien und Frankreich.

²⁸² „Ich habe mein Möglichstes getan, das zu verhindern; aber die Leute, die etwas hätten tun müssen, hatten sich bereits damit einverstanden erklärt, als ich erst davon erfuhr.“ (Brief Moltkes, 13. 4. 1940.)

²⁸³ Zunächst handelte es sich um sechs Einsatzkommandos (H. Krausnick, *Morde*, S. 200).

²⁸⁴ „Es ist entsetzlich. SS ist hingeschickt und die organisatorischen Veränderungen, die beschlossen worden sind, wirst Du ja in einigen Tagen in der Zeitung lesen. Und das alles macht das Militär mit.“ (Brief Moltkes, 22. 4. 1940.)

²⁸⁵ „Es ist großartig zu sehen, wie das Gezänk der verschiedenen Dienststellen um den Besitz in den besetzten Gebieten – d. h. hauptsächlich um die Arbeit der Organisation, damit der Stellen, damit des Einflusses – vor sich geht und nur, wenn man persönlich daran unbeteiligt ist wie ich, kann man diesen Kampf der Geier untereinander so recht genießen.“ (Brief Moltkes, 2. 7. 1940.)

²⁸⁶ Dies entgegen Art. 43 der Haager Landkriegsordnung; vgl. dazu T. J. Jansma, *Het bezettingsrecht in de practijk van de tweede wereldoorlog*, jur. Diss. Utrecht, Wageningen 1953, S. 25; B. M. Telders, *Verzamelde Geschriften*, Bd. IV, S. 333; G. O. Grassmann, *Die deutsche Besatzungsgesetzgebung während des 2. Weltkrieges*, Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg, Nr. 14, Tübingen 1958, S. 98.

²⁸⁷ Im Nachlaß Gladischs befindet sich ein Brief Moltkes an Berthold Stauffenberg vom 7. 9. 1940 in dem es heißt: „Gladisch und ich fahren morgen für 12–14 Tage via Brüssel, Ostende, Dünkirchen, Paris, Cherbourg, Brest, Orléans auf eine Besichtigungsreise, die Gladisch mit Schiewind ausgemacht hat.“

²⁸⁸ „Das Auskaufen geht schamlos vor sich. Alle Offiziere und gewiß auch die Mannschaften kaufen auf Teufel komm heraus, und das in einem Land, welches vor einer Hungersnot und

die sich wie Fürsten benahmen²⁸⁹, an. Bei seinem Gespräch mit Falkenhausen²⁹⁰ stand deshalb die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung im Mittelpunkt, und die Folgen der „Ausplünderung“ wurden eingehend besprochen²⁹¹. Dabei berichtete Falkenhausen von seinen Bemühungen zu helfen, wo es nötig war. Nicht ohne Ironie charakterisierte er den Unterschied zwischen seiner Arbeit und der seiner kämpfenden Kollegen²⁹². Zuletzt erklärte er Moltke, wo seiner Ansicht nach die Grenzen seiner Mitwirkung seien und er eine weitere Mitarbeit ablehnen müsse. Es ist für Moltke²⁹³ und Falkenhausen²⁹⁴ belegt, daß sie sich in gleicher Gesinnung fanden und daß diese Begegnung der Anfang einer Jahre dauernden Verbindung wurde, die über den Rahmen des dienstlichen Kontakts weit hinausging²⁹⁵. Ein positives Ergebnis war für Moltke außerdem, daß er nun die Möglichkeit hatte, sich bei den Diskussionen über die wirtschaftliche Seite des Kriegsrechts²⁹⁶ auf seine eigenen Erfahrungen während der Belgien- und Frankreichreise berufen zu können.

Ein weiteres Problem kam im Verlauf des Jahres 1941 hinzu. Der überwiegende Teil der Bevölkerung in den besetzten Gebieten hatte sich zunächst abwartend verhalten. Das änderte sich aber angesichts Hitlers Fehlschlag im England-Feldzug sowie der Maßnahmen deutscher Zivilverwaltungen und der Übergriffe mehrerer Reichsinstanzen. Die Haltung gegenüber der Besatzungsmacht versteifte sich und wurde mit einer Verschärfung der Gewalttätigkeiten beantwortet²⁹⁷. Die in Polen und der Sowjetunion erprobten Methoden sollten nun auch in den übrigen besetzten Gebieten angewandt werden. Man habe deshalb kein Recht, vom Gegner verübte Greuel anzuprangern, meinte Moltke²⁹⁸ und schrieb Mitte September 1941

Warenknappheit steht, wie sie in Westeuropa noch nicht dagewesen ist.“ (Brief Moltkes, 9. 8. 1940.)

²⁸⁹ „Außerdem ärgerte ich mich bei Tisch über das tüppige Essen in dem vor dem Hunger stehenden Land und das störte mich natürlich, denn ich wollte nicht unhöflich sein und doch auch nicht den Schein erwecken, als billigte ich diese Sache.“ (Ebenda.)

²⁹⁰ Nachts von halb 12 bis halb 2 Uhr nach dem Essen in Falkenhausens Hotel.

²⁹¹ „Er ist sichtlich tief bekümmert, daß wir uns im ganzen wieder so benehmen, daß wir uns nicht werden halten können.“ (Ebenda); vgl. zu der Einstellung Moltkes in der damaligen Zeit, Ger van Roon, a. a. O., S. 215 ff.

²⁹² „Folgender Ausspruch von ihm blieb mir haften: ‚meinen durchziehenden Kollegen sage ich immer: Eure Aufgabe ist es so schnell wie möglich und so gründlich wie möglich zu zerstören und dafür bekommt Ihr alle Ehre und Auszeichnungen; meine Aufgabe ist es, so schnell wie möglich und so gründlich wie möglich wieder herzustellen, aber das ist im Gegensatz zu Eurer Tätigkeit ein ganz langsamer Prozeß, der keine äußeren Ehren einbringt.‘“ (Ebenda.)

²⁹³ „Der ganze Blickpunkt des Mannes ist auf den Menschen ausgerichtet, nicht auf irgendeine ‚gloire‘ oder ‚grandeur‘.“ (Brief Moltkes, 9. 8. 1940.)

²⁹⁴ Mitt. 8. 4. 1963.

²⁹⁵ Vgl. Ger van Roon, a. a. O., S. 356.

²⁹⁶ Vgl. S. 45.

²⁹⁷ Dazu Konrad Kwiet, Reichskommissariat Niederlande, Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung, Stuttgart 1968, S. 155 f.; Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa, Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 184 ff.

²⁹⁸ „Ein Mann, der im Baltikum eingesetzt ist, erzählte teils interessant, teils Greuelge-

dazu: „Die allgemein schlechte Lage mit ihren Reaktionen in den besetzten Gebieten führt zu einer Welle von Schrecklichkeitsmaßnahmen, mit denen versucht werden soll, diese Gebiete in Gehorsam zu halten. Endlich hat man erkannt, daß die Todesstrafe nicht mehr wirkt, aber statt daraus den Schluß zu ziehen, daß man eben mit den Menschen regieren muß, statt gegen sie, zieht man den Schluß, daß Schrecklicheres als der Tod gefunden werden muß. Dafür hat sich der Führer persönlich ein paar Varianten erdacht, die immerhin bemerkenswert sind. – Alles wird auf uns herniederkommen, und mit Recht. – Das sind alles Zeichen einer Schwäche und Zersetzung, die uns nur unangenehm sein kann.“²⁹⁹

Diese Eskalation der Gewalt in der zweiten Hälfte des Jahres 1941 kann in den Briefen Moltkes genau verfolgt werden³⁰⁰. Sie zeigen, daß er genau wußte, was seine Landsleute anrichteten und bezweckten³⁰¹. So schrieb er Ende Oktober: „Der Tag ist so voller grauenhafter Nachrichten, daß ich nicht in Ruhe schreiben kann. Das, was mir augenblicklich am nächsten geht, sind die mangelhaften Reaktionen des Militärs. Falkenhausen und Stülpnagel³⁰² sind an ihre Plätze zurückgekehrt, statt nach den letzten Vorfällen abzugehen³⁰³; neue, schreckliche Befehle werden gegeben und niemand scheint etwas dabei zu finden. Wie soll man die Mitschuld tragen? In Serbien sind an einem Ort zwei Dörfer eingäschert worden, 1700 Männer und 240 Frauen von den Einwohnern sind hingerichtet. Das ist die ‚Strafe‘ für den Überfall auf drei deutsche Soldaten. In Griechenland sind 220 Männer eines

schichten, die sicher wahr sind. Nachdem er da im vollen Zuge war, konnte ich es nicht mehr anhören und sagte, wir müßten leider zu allen solchen Sachen den Mund halten, seit wir uns genauso benähmen.“ (Brief Moltkes, 5. 10. 1941.)

²⁹⁹ Brief Moltkes, 16. 9. 1941.

³⁰⁰ Vgl. z. B. folgendes Zitat: „Hunger, Krankheit und Angst verbreiten sich derweil unter unserer Herrschaft. Welche Folgen das haben wird, wie schnell die Folgen einsetzen werden, weiß noch kein Mensch. Eines steht nur ganz fest: die apokalyptischen Reiter sind Anfänger gegenüber dem, was uns bevorsteht: certus an, incertus quando. Jeder Tag bringt neue grauenhafte Einblicke in die Tiefen, zu denen Menschen sinken können.“ (Brief Moltkes, 17. 11. 1941.)

³⁰¹ Dazu folgendes: „Ich kann mich an diese zwei Tage nur noch schlecht erinnern. Russische Gefangene, evakuierte Juden, russische Gefangene, erschossene Geiseln, allmähliches Übergreifen der in den besetzten Gebieten ‚erprobten‘ Maßnahmen auf das Reichsgebiet, wieder evakuierte Juden, russische Gefangene, ein Nervensanatorium, wo diejenigen SS-Leute gepflegt werden, die beim Exekutionieren von Frauen und Kindern zusammengebrochen sind. Das ist die Welt dieser 2 Tage gewesen.“ (Brief Moltkes, 13. 11. 1941.) Moltke hatte sich eine Sammlung völkerrechtswidriger Befehle angelegt, um ihre Autoren nach dem Krieg vor Gericht bringen zu können.

³⁰² General der Luftwaffe Otto von Stülpnagel, Militärbefehlshaber in Frankreich von Oktober 1940 bis Februar 1942, als er wegen der Geiselfrage um seine Abberufung bat; vgl. Jäckel, a. a. O., S. 194. Über seine Einstellung vgl. weiter Helmut Krausnick, Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler, in: Vollmacht des Gewissens, Bd. I, München 1960, S. 358, und Ger van Roon, Wilhelm Staehle, Ein Leben auf der Grenze, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 3 (1969), S. 82.

³⁰³ Nachdem immer mehr Attentate auf deutsche Militärs stattfanden, schaltete sich Hitler selbst ein und ordnete bei künftigen Ermordungen Massenerschießungen und Massendeportationen an.

Dorfes erschossen worden. Das Dorf wurde niedergebrannt, Frauen und Kinder an der Stätte zurückgelassen, um ihre Männer und Väter und ihre Heimstatt zu beweinen. In Frankreich finden umfangreiche Erschießungen statt, während ich hier schreibe³⁰⁴. So werden täglich sicher mehr als tausend Menschen ermordet und wieder Tausende deutscher Männer werden an den Mord gewöhnt. Und das alles ist noch ein Kinderspiel gegen das, was in Polen und Rußland geschieht.“³⁰⁵

Es lag Moltke sehr daran, die Bevölkerung der besetzten Gebiete rechtzeitig vor den von Berlin aus befohlenen Racheakten des SD, den sogenannten Strafexpeditionen, zu warnen. Er bemühte sich deshalb um Personen, die in einem bestimmten Gebiet diesen Warndienst übernehmen könnten³⁰⁶. Hier fiel seine Tätigkeit zum Teil mit der des Kreisauer Kreises zusammen, der sich über die Lage in den besetzten Ländern und die Rechtsverletzungen der lokalen deutschen Machthaber auf dem laufenden halten wollte. So unterrichtete Theodor Steltzer, der zum Stab des Militärbefehlshabers in Norwegen gehörte und Mitglied des Kreisauer Kreises war, Moltke von den wachsenden Spannungen zwischen dem Reichskommissar Terboven und der norwegischen Kirche. Nachdem Moltke seinen Chef, Admiral Canaris, davon unterrichtet hatte, wurde ihm und Dietrich Bonhoeffer der Auftrag gegeben, nach Norwegen zu reisen, um aus eigener Anschauung berichten zu können. Diesen Lagebericht nahm Canaris zum Anlaß, auf die Gefährdung der Interessen der Wehrmacht hinzuweisen, um so Schlimmeres zu verhüten³⁰⁷. Umgekehrt erfuhr Steltzer durch Moltke frühzeitig von den bevorstehenden Judenverfolgungen in Norwegen und konnte daher warnend eingreifen³⁰⁸. Eine ähnliche Rolle spielte in den Niederlanden der Haager Bankier von Görschen³⁰⁹. Ein anderes Mal unterbrach Moltke selbst eine Reise in Kopenhagen, um dort am 1. Oktober 1943 vor einer Judenrazzia zu warnen. Als Moltke bei dieser Gelegenheit auch den Militärbefehlshaber besuchte, erfuhr er, daß die Wehrmacht bei der geplanten Maßnahme Unterstützung leisten werde, weil nicht genügend SS-Truppen aus Berlin gekommen seien. Moltke soll darauf geantwortet haben: „Sie sind wohl verrückt geworden. Das werden Sie eines Tages teuer bezahlen müssen. Verstehen Sie das nicht?“³¹⁰

Ein weiteres, schwieriges Problem im Verhältnis von Besatzungsmacht und Bevölkerung war die Geiselnahme. Sie wird in der Völkerrechtsliteratur weitgehend als zulässig bezeichnet. Die Haager Landkriegsordnung sichert der Bevölkerung eines besetzten Landes zwar einen relativen Schutz durch die besetzende Macht zu, gewährt andererseits aber den Besatzern bei Widerstand das Recht zur Geiselnahme.

³⁰⁴ Tatsächlich war es in Frankreich schon im Oktober 1941 zu Massenerschießungen gekommen, vgl. auch S. 52f.

³⁰⁵ Brief Moltkes, 21. 10. 1941.

³⁰⁶ Briefl. Mitt. Fr. Christiansen-Weniger, 19. 8. 1963, der von Moltke gefragt worden war, ob er den Warndienst in Polen übernehmen wolle.

³⁰⁷ Vgl. dazu Bethge, a. a. O., S. 844; Ger van Roon, Neuordnung, S. 326ff.

³⁰⁸ Roon, Neuordnung, ebenda.

³⁰⁹ Ebenda, S. 551ff.

³¹⁰ Briefl. Mitt. Frau Merete Bonnesen, 9. 10. 1962.

Es wird jedoch ausdrücklich betont, daß Geiseln keine Strafgefangene seien³¹¹. In der Dienstanweisung für Einheiten des Kriegsheeres von 1939 wird die Geiselnahme als zulässig vorausgesetzt³¹², sie wurde auch seit Beginn der deutschen Besetzung praktiziert³¹³. Was dann in der Folgezeit zu besonderen Schwierigkeiten führte, war daher nicht die Frage der Zulässigkeit, sondern die der Zweckmäßigkeit und vor allem der Relation zwischen Geiselnahme und Geisel„bestrafung“, wobei es dem NS-Regime offenbar darauf ankam, den Gegner in scheinbar legaler Weise zu terrorisieren. Wurden deshalb schon früh Geiseln genommen, so scheinen Geiselschießungen doch erst im Jahr 1941 stattgefunden zu haben³¹⁴. Danach waren nur noch Steigerungen möglich, zu denen die Militärbefehlshaber von Hitler und dem OKW förmlich genötigt wurden³¹⁵. So erließ der Militärbefehlshaber in Frankreich Ende September 1941 aufgrund eines Gutachtens der Wehrmachtrechtsabteilung³¹⁶ einen sogenannten Geiselkodex, um den Kreis der Geiseln erweitern zu können³¹⁷.

Auf die Dauer erzielten derartige Maßnahmen aber nicht die angestrebte Abschreckung, sondern stumpften die Bevölkerung ab. Dagegen erhöhten die Geiselschießungen die Zahl der gegnerischen Attentate.

Dies war für Moltke der Ansatzpunkt, um auch auf diesem Gebiet tätig zu werden. Zunächst hielt er sich noch im Hintergrund und unterstützte nur auf Ersuchen die juristischen Berater derjenigen Befehlshaber, die Geiselschießungen ablehnten. So wurde er damals über seinen Bruder, der Adjutant bei Falkenhausen war, gebeten, bei völkerrechtlichen Fragen behilflich zu sein. Moltke hat daraufhin Falkenhausens Bedenken gegen die Geiselschießungen durch ein Gutachten unterstützt³¹⁸. Zu dieser Zeit lernte Moltke bei einer Tagung des Völkerrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht in Berlin auch den Kriegsoberverwaltungsrat Carlo Schmid kennen, der im Befehlsbereich Falkenhausens die Wirtschaftsverwaltung unter sich hatte³¹⁹. Nach einem Brief Moltkes hatte dieser „unsere These schon immer unterstützt“³²⁰. Die beiden verabredeten, in engem Kontakt zu bleiben³²¹. Eine weitere Verbindung besaß Moltke zum Rechtsberater des damaligen „Befehlshabers der Deutschen Truppen in Dänemark“, Ernst Kan-

³¹¹ Auch verbietet Art. 50 Kollektivstrafen für von anderen Personen begangene Taten.

³¹² H. D. v. g. 2, Abschnitt 9 „Verhalten im Kriege“ unter Ziff. 12. Diese Dienstanweisung vom 29. 6. 1939 ist für den bereits geplanten Krieg abgefaßt worden.

³¹³ In Frankreich waren bis zum 30. 11. 1940 1415 französische Bürger als Geiseln festgenommen (Jäckel, a. a. O., S. 185).

³¹⁴ Jäckel, a. a. O.

³¹⁵ Mitt. A. Frhr. v. Falkenhausen, 8. 4. 1963.

³¹⁶ Über die Einstellung der Wehrmachtrechtsabteilung, vgl. S. 18 f.

³¹⁷ Jäckel, a. a. O., S. 191; H. Luther, Der französische Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht und seine Bekämpfung, Tübingen 1957, S. 175.

³¹⁸ Mitt. Falkenhausen, 8. 4. 1963; vgl. auch Moltkes Brief an Jaenicke, 4. 3. 1943, im Anhang.

³¹⁹ Brief Moltkes, 11. 10. 1941.

³²⁰ Brief Moltkes, 10. 10. 1941.

³²¹ Briefl. Mitt. C. Schmid an H. v. z. Mühlen, 31. 12. 1948.

ter. Auch er lehnte – obwohl von seinem Chef dazu gedrängt – Geislerschießungen ab. Um sich Rückendeckung zu verschaffen, wandte er sich an den Leiter der Heeresrechtsabteilung, Dr. Sack³²². Dieser empfahl ihm, Moltke zu Rate zu ziehen, nahm auch sofort selbst Verbindung zu ihm auf und veranlaßte ihn, Kanter in Kopenhagen aufzusuchen. Ihre erste Begegnung fand im Oktober 1942 statt. Moltke hat Kanter nicht nur aus Gründen der Rechtlichkeit und Menschlichkeit, sondern auch um die befürchteten Auswüchse zu unterbinden, voll und ganz unterstützt. Seither blieben auch diese beiden in Kontakt³²³.

Als sich die Zahl der Geislerschießungen erhöhte, ohne daß die Attentate abrisen, bereitete Moltke mit seinem Mitarbeiterstab eine größere Aktion vor³²⁴. Er wollte die militärischen Behörden in den besetzten Gebieten, besonders in Holland und Frankreich davon überzeugen, daß durch Geiselnahme keine Reduzierung der gegnerischen Sabotageakte zu erreichen sei, sondern eher das Gegenteil und daß deshalb von solchen Maßnahmen abzusehen sei. Moltkes Absicht war, – mit Rückendeckung der militärischen Behörden – auch an die Dienststellen des SD heranzutreten, weil er hoffte, durch persönliche Gespräche eine Änderung herbeiführen zu können. Er machte deshalb mehrere große Reisen in die besetzten Westgebiete und entsandte auch Mitarbeiter seiner Gruppe in diese Länder, um Fälle von Geiselnahmen und Geislerschießungen sowie deren Auswirkungen untersuchen zu lassen³²⁵.

Moltkes erste eigene Reise führte ihn im Juni 1943 zunächst nach Holland³²⁶. In Hilversum sprach er im Stab des Militärbefehlshabers mit verschiedenen Offizieren und auch mit dem Chef des Stabes, Generalleutnant von Wühlisch³²⁷. Als er hoffen konnte, von dort Rückendeckung zu erhalten, fuhr er zum SD nach Den Haag. Sein erster Eindruck schien positiv zu sein³²⁸. Dr. Harster, der von 1940 bis 1943 Chef der Sicherheitspolizei und des SD in den Niederlanden war, empfing ihn persönlich. In einem Brief über diese Reise gibt Moltke einige interessante Zitate

³²² Vgl. Hermann Bösch, Heeresrichter Dr. Karl Sack im Widerstand, München 1967, S. 75.

³²³ Briefl. Mitt. E. Kanter, Sommer 1964.

³²⁴ Briefl. Mitt. Wengler, 9. 12. 1968.

³²⁵ So wurden Oblt. von Haeften nach Frankreich und Dr. Diwald nach Holland geschickt und verfaßten über die Geiselfälle dort einen Bericht. (Briefl. Mitt. O. Diwald, 29. 3. 1963).

³²⁶ Das mochte damit zusammenhängen, daß es in Holland im April-Mai zu einer großen Streikbewegung im ganzen Land gekommen war und daß die Deutschen daraufhin 80 Holländer erschossen hatten. Die Streikbewegung war eine Reaktion auf die deutsche Maßnahme, die im Mai 1940 aus der Kriegsgefangenschaft entlassenen niederländischen Soldaten wieder zu internieren und zum ‚Arbeitseinsatz‘ nach Deutschland zu überführen, was Moltke zu verhindern gesucht hatte; vgl. dazu S. 20 und auch S. 33.

³²⁷ „Der ist neu hingekommen, liegt jedoch zweifelsfrei richtig und ist bemüht, Erschießungen zu verhindern, soweit er kann.“ (Brief Moltkes, 5. 6. 1943.) Vgl. die Aussage des HSSPF Rauter im Christiansen-Prozeß, daß von Wühlisch immer gegen Geislerschießungen war. (Het Proces Christiansen, Den Haag 1950, S. 101.)

³²⁸ „Bei aller Fremdheit im Fundament, in der Grundhaltung, herrschte daher im Oberbau eine Gemeinschaft der Auffassung und der Interessenlage, die sehr erfreulich war.“ (Brief Moltkes, 5. 6. 1943.)

aus den Gesprächen mit Harster wieder³²⁹. Dieser stimmte Moltke offenbar zunächst durchaus zu und erklärte sich mit seinem Vorhaben einverstanden. Er versprach außerdem, die noch in Haft befindlichen Geiseln nach und nach zu entlassen. Trotzdem spricht aus Moltkes Brief bei aller Erleichterung darüber, daß man sich seinem Plan aus praktischen Gründen zugänglich zeigte, Skepsis gegenüber Harsters Versprechen. Er bemerkt dazu: „Das ganze wird auch nicht als Strohfeder verpuffen, denn nach Pfingsten schicke ich ihm den Oberleutnant Diwald³³⁰ auf den Hals, dem er seine gesamten Akten zur Verfügung stellen will, und von der Art und Weise, wie er das tut, wird ja abhängen, ob man wirklich mit ihm rechnen kann oder nicht.“³³¹ Moltke berichtete dann in Hilversum über die Unterredung beim SD und besprach, wie man das bisher Erreichte auswerten könne³³². Vor seiner Abreise lud ihn der Wehrmachtbefehlshaber, General Christiansen, noch zum Essen ein. Moltke charakterisiert ihn als einen „netten Handelsschiffskapitän“ und fragte sich, wie man einen solchen Mann zum Wehrmachtbefehlshaber machen

³²⁹ „Gegen Schuldige bin ich wirklich scharf, sehr scharf sogar, aber Unschuldige zu erschließen, ist doch einfach blödsinnig.“; „Jede Geislerschießung ist das Eingeständnis eines persönlichen Bankrotts; es heißt doch einfach: den Täter haben wir nicht, oder nicht schnell genug gefaßt.“; „Ich kann nicht erwarten, daß die Bevölkerung ruhig bleibt und die Banditen nicht unterstützt, wenn ich anfangs, Unschuldige zu greifen.“; „Wenn Sie erreichen wollen, daß das Geiselnehmen und Geislerschießen ganz und kategorisch verboten wird, so können Sie meiner Unterstützung gewiß sein.“ (Ebenda.)

³³⁰ Schüler des Wiener Völkerrechtlers Verdross; vgl. auch Moltkes Brief an Jaenicke, 4. 3. 1943.

³³¹ Brief Moltkes, 5. 6. 1943.

³³² Auf diesen Besuch Moltkes wird sich auch wohl folgende Aussage Rauters im Christiansen-Prozeß beziehen, wenn auch der Name verwechselt ist und ein irrtümliches Datum angegeben wird: „Ich weiß eines: im März oder April 1942 hat der Wehrmachtbefehlshaber einen Brief ans OKW geschrieben. Das ist der Brief, den General Christiansen am Vormittag schon angeführt hat. Und zwar ging der aus vom Ic, Abwehroffizier, ich habe das noch genau vor mir. Dort wird geschrieben über die Auswirkung der Geislerschießungen in Holland, die politische Auswirkung. Und der Brief war unterschrieben vom General Christiansen. Und da wurde über die Auswirkung berichtet. Und da wurde Sturm gelaufen gegen den Führerbefehl, gegen Erschießung von Geiseln, in diesem Schreiben. Und es wurde zum Ausdruck gebracht, daß in Holland alle Dienststellen gegen das Erschießen von Geiseln sind. Wurde unterschrieben vom General Christiansen. Ich weiß das deshalb, weil – es kam vom Oberkommando der Wehrmacht ein Offizier, ein Oberleutnant Graf . . . ein Graf. Der kam nach dem holländischen Raum hier und untersuchte beim Wehrmachtbefehlshaber, beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei, beim Reichskommissar, dann überall und erkundigte sich über die Stellungnahme der niederländischen Dienststellen zu den Geislerschießungen. Und Graf von Spee hat einen Bericht gemacht an GFM Keitel. Und eine Abschrift des Berichts hat Graf Spee dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei, Dr. Harster, geschickt, weil er bei ihm war und Akteneinsicht genommen hat, bei ihm auch. Und da schreibt er drinnen, er habe das eindeutig feststellen müssen, daß im ganzen holländischen Raum alle Dienststellen gegen das Erschießen von Geiseln sind. Und da stellt er dem GFM Keitel vor, eine neue Führervorlage zu machen . . . Und ich bekam mit der Akte vom Graf Spee eine Abschrift dieses Briefes; die bekamen wir zu unserer Kenntnis.“ (S. 99/100.) Vielleicht meint Rauter, der Moltke selbst nicht gesprochen hatte, mit dem Oberleutnant und dessen Bericht den Oblt. Diwald; vgl. dazu Anm. 325.

konnte³³³. Als Wühlisch Moltkes kritische Einstellung gegenüber Christiansen spürte, sagte er zu ihm: „Sie werden verstehen, daß es schwer ist, mit einem solchen Befehlshaber sei es politisch oder militärisch zu Rande zu kommen.“³³⁴

Moltkes nächstes Ziel war Brüssel. Hier lagen die Verhältnisse anders. Es gab keine Trennung zwischen ziviler und militärischer Gewalt und auch keinen HSSPF³³⁵. Der Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich³³⁶ war gleichzeitig militärische, politische und wirtschaftliche Instanz. Er versah also sowohl die Funktionen des Reichskommissars wie die des Wehrmachtbefehlshabers. In der Geiselfrage hatte Falkenhausen seit seinem Amtsantritt im Mai 1940 ziemlich selbständig entschieden³³⁷. Schon 1940 ordnete er an, daß Geiseln in Zukunft nur mit seiner ausdrücklichen Genehmigung festgesetzt werden dürften, und in seiner Anordnung vom August 1941 stellte er sich ebenfalls ganz auf die völkerrechtliche Grundlage³³⁸. Deshalb wurde er am 13. November 1941 von Goebbels heftig kritisiert, wobei dieser ihm eine feige Haltung in der Geiselfrage vorwarf. Falkenhausen wußte sich jedoch gut zu verteidigen³³⁹. Als er dann in der Folgezeit wegen dieses Problems öfters Meinungsverschiedenheiten mit der obersten militärischen Führung hatte, bat er das OKH, die tatsächlichen Umstände entscheiden zu lassen und die Auswahl der Geiseln in sein Ermessen zu legen. Er fügte hinzu, daß die Fristen in denjenigen Fällen zu verlängern seien, in denen noch mit der Ergreifung der Täter gerechnet werden könne³⁴⁰. Obwohl es in Einzelfällen auch weiterhin zu Geislerschießungen³⁴¹ kam, blieb Falkenhausen bei seiner An-

³³³ „Von den hohen Fragen der Politik und Kriegsführung weiß er deshalb gar nichts, weil er die Fragestellung gar nicht kennt. Er ist davon ganz unberührt. . . Er hat mir die Geschichte seiner Ernennung und seiner ersten Wochen in Holland erzählt und hat überhaupt nicht bemerkt, daß er dabei einen vollkommenen Bericht über die Gründe gegeben hat, warum die Sache in Holland schief gehen mußte.“ (Brief Moltkes, 5. 6. 1943.)

³³⁴ Ebenda.

³³⁵ Nachdem zunächst die Verwaltung in Belgien und Frankreich dem Militär überlassen worden war (Krausnick, *Morde*, S. 200), wurde im März 1942 ein HSSPF für Frankreich ernannt; Versuche, auch in Falkenhausens Befehlshereich einen HSSPF einzusetzen, scheiterten an dem entschiedenen Widerstand Falkenhausens (vgl. BA: MA, 85 III, Schr. v. 23. 1. 1943 an OKH/Gen. Qu., Abt. K. Verw.).

³³⁶ Für diese Einteilung war die militärische Situation ausschlaggebend gewesen.

³³⁷ S. dazu BA: MA, 85 III (Militärbefehlshaber Belgien und Nordfrankreich); daß der Kontakt zu Moltke damit zu tun hatte, ist wahrscheinlich.

³³⁸ Geiselnhaft Sicherungs-, keine Vergeltungsmaßnahme; Geisel keine Strafgefangenen; ihre Behandlung grundsätzlich der der Kriegsgefangenen zu entsprechen. „Im allgemeinen kann die Geiselnahme nicht als . . . Mittel für die Erreichung des erstrebten Erfolges angesehen werden; die Festnahme von Geiseln sollte nur mit äußerster Zurückhaltung als ein letztes Mittel angewandt werden.“ (Ebenda, Schr. v. 21. 8. 1941.)

³³⁹ Nach Bericht über die Unterredung, ebenda.

³⁴⁰ Schr. v. 9. 5. 1942, ebenda.

³⁴¹ Nachdem Falkenhausen zunächst durch eine entsprechende Sachdarstellung dem OKH gegenüber Geislerschießungen weitgehend vermeiden können, wurde, wenn das OKH bzw. OKW auf einer Erschießung bestand, eine andere Methode gewählt, so daß bereits

sicht, sie als Sühnemaßnahme abzulehnen³⁴². Es ist daher nicht verwunderlich, daß er, als Moltke nach seiner Ankunft in Brüssel ein sehr offenes Gespräch mit ihm führte³⁴³, volles Verständnis für dessen Bemühungen zeigte³⁴⁴. Danach sprach Moltke mit dem Vizechef der Militärverwaltung, Dr. von Craushaar³⁴⁵, und mit den ihn interessierenden Sachbearbeitern, und hat auch hier offenbar nur Beifall geerntet³⁴⁶. Am nächsten Tag besuchte er noch den Kriegsoberverwaltungsrat Schmid in Lille³⁴⁷.

In Frankreich waren die Verhältnisse etwas schwieriger. Nach der Abberufung des ersten Militärbefehlshabers hatte man große organisatorische Veränderungen vorgenommen. Der Nachfolger, General Karl Heinrich von Stülpnagel³⁴⁸, hatte „eine klare Trennung seiner militärischen Befugnisse von allen politischen Fragen“³⁴⁹ gefordert, um nicht sofort mit neuen Schwierigkeiten konfrontiert zu werden. Hitler hatte diesen Wunsch zum Anlaß genommen, dort am 9. März 1942 den SS-Oberführer Carl-Albrecht Oberg als HSSPF einzusetzen. Dieser arbeitete aber gut mit Stülpnagel zusammen und wußte für ihn durchzusetzen, was dem Militärbefehlshaber des Heeres nicht gelang. So wurden in dieser Zeit viel weniger Geiseln erschossen als vorher³⁵⁰. Auch hier brauchte Moltke also keinen Widerstand zu befürchten. Es folgten Besprechungen mit Stülpnagel, der Moltke persönlich sehr gut gefiel³⁵¹. Von ihm erhielt er einen vertraulichen Bericht über die Geiselfrage³⁵². Außerdem versprach auch er, keine Geiseln mehr erschießen zu lassen, was immer man ihm befehlen werde³⁵³. Mittags hatte Moltke eine Unterredung mit dem Abwehroffizier des Oberbefehlshabers West und fand auch dort Verständnis für sein Anliegen³⁵⁴. Am nächsten Tag folgten Besprechungen mit Sachbearbeitern des

gerichtlich zum Tode verurteilte Personen als „Geiseln“ erschossen wurden. (Mitt. Falkenhausen, 8. 4. 1963; briefl. Mitt. Craushaar, 26. 5. 1963.)

³⁴² Vermerk Besprechung 28. 4. 1945, ebenda.

³⁴³ (Falkenhausen), „der in sehr vertrauter Weise die Weltlage mit mir erörterte“ (Brief Moltkes, 7. 6. 1943).

³⁴⁴ „Ich brachte ihn auf die Fragen, die uns gegenwärtig bewegen und fand eine erfreuliche Übereinstimmung, eigentlich mehr als ich erwartet hatte.“ (Ebenda.)

³⁴⁵ „Um 11 kam Craushaar dran, der über den Erfolg meiner Reise nach Holland sichtlich erfreut und überrascht war. Ich hoffte sehr, daß sich das auch als ausgesprochene Erleichterung für die Leute in Brüssel auswirken wird.“ (Ebenda.)

³⁴⁶ Ihm wurde von Craushaar vertraulich mitgeteilt, daß eine Entlassung der 500 Geiseln, die sich in Geiselhaft befanden, vorgesehen war. (Ebenda, briefl. Mitt. Craushaar, 16. 7. 1963.)

³⁴⁷ Vgl. Anm. 320.

³⁴⁸ Später besonders durch seinen Anteil am 20. Juli 1944 bekannt.

³⁴⁹ Jäckel, a. a. O., S. 195.

³⁵⁰ Ebenda, S. 198.

³⁵¹ „Er liegt jedenfalls in der mich interessierenden Frage ganz richtig, so daß ich an ihm eine Unterstützung haben werde.“ (Brief Moltkes, 8. 6. 1943.)

³⁵² „... den er selbst Falkenhausen nicht gegeben hat...“ (Ebenda.)

³⁵³ Ebenda.

³⁵⁴ „Der Mann selbst hat mir ganz gut gefallen. Nur ist er wohl etwas leichtgewichtig und wird seine Erkenntnisse kaum mit der notwendigen Zähigkeit verfolgen. Immerhin liegt er auch richtig und wird jedenfalls eher eine Hilfe als eine Belastung sein.“ (Ebenda.)

Militärbefehlshabers des Heeres und mit dem Chef des Stabes des OB West, General Blumentritt. Wenn dieser auch nach Moltkes Meinung keine Persönlichkeit wie Stülpnagel oder Falkenhausen war, zeigte er sich doch ebenfalls bereit, „auf meine Vorschläge zur Umgehung von Führerbefehlen einzugehen, und das war mir zunächst das Wichtigste“³⁵⁵. Am Nachmittag erschien Falkenhausen in Paris, und Moltke unterrichtete ihn über die Ergebnisse seiner Gespräche. Offenbar wollte er die beiden Militärbefehlshaber zu einem gemeinsamen Schritt bewegen³⁵⁶. Um was es im Detail dabei ging, muß ebenso offenbleiben wie die Frage, ob eine gemeinsame Aktion erfolgte. Trotzdem läßt sich eine Bilanz dieser Reise Moltkes ziehen: Er hatte bei den örtlichen Stellen der Wehrmacht und sogar beim SD Zustimmung gefunden. Eine zweite Reise sollte ihn jedoch darüber belehren, wie kurz eine solche Einwirkung vorhielt.

Diese zweite Reise fand im September statt. Zuvor hatte Diwald in Holland Statistiken über die Zahl der Sabotagefälle sowie über Anzahl und Herkunft der erschossenen Geiseln aufgestellt. Diese legte er Moltke in einem Bericht vor. Inzwischen hatte sich aber die Kriegslage für Deutschland verschlechtert, was zu größeren Aktionen sowohl auf seiten der Besatzungsmacht wie der Widerstandsgruppen führte. Damit war für Moltke zugleich die Chance, eine allgemeine Einschränkung der Geiselnahme durchzusetzen, sehr viel geringer geworden.

Auch die zweite Reise führte Moltke zunächst nach Holland. Beim SD hatte man inzwischen Dr. Harster nach Italien versetzt. Sein Nachfolger, Brigadeführer Naumann, kam aus dem Osten. Obwohl auch dieser Moltke versicherte, daß er dessen Argumente für überzeugend halte, konnte Moltke nicht beruhigt sein³⁵⁷. In Hilversum hatte von Wühlisch offenbar die verabredete Linie nicht eingehalten, weshalb Moltke bei ihm vorstellig wurde³⁵⁸. Wieder einmal hatte Moltke Grund, die mangelnde Führung in diesem Stab zu beklagen. In Brüssel mußte er sich lange gedulden, ehe Falkenhausen für ihn Zeit hatte, fand aber schließlich die alte Übereinstimmung vor. In Paris besuchte Moltke zuerst Stülpnagel, sprach jedoch auch beim SD vor. Als er auf der Rückreise einen Fliegerangriff erlebte und die verwüstete Kölner Innenstadt sah, war dieser trostlose Anblick für ihn ein Symbol der künftigen Lage Deutschlands.

Seit Moltke Anfang 1942 zusammen mit Bonhoeffer nach Oslo gefahren war³⁵⁹, hatte er mehrere Male auch den dortigen Stab des Militärbefehlshabers besucht.

³⁵⁵ Ebenda; vielleicht könnte damit Falkenhausens neue Methode gemeint sein (s. Anm. 341); es kann sich auch auf die generelle Haltung gegenüber der Zivilbevölkerung beziehen.

³⁵⁶ „... ich wollte, daß die beiden gemeinschaftlich etwas täten.“ (Ebenda.)

³⁵⁷ „Leider ist der Mann so weich, daß er umfallen wird, wenn ihn morgen ein anderer attackiert. Aber vielleicht hat meine Spritze doch etwas genutzt. – Im übrigen habe ich auch einiges mittelbar erreicht, was sehr befriedigend und nützlich war.“ (Brief Moltkes, 12. 9.1943.) Die Bedeutung der letzten Bemerkung ist nicht klar.

³⁵⁸ „Aber das, was ich dem General von Wühlisch versetzen mußte, das hat er massiv bekommen.“ (Ebenda.)

³⁵⁹ Vgl. S. 51.

Unterwegs war er immer in Kopenhagen ausgestiegen, um mit den Sachbearbeitern der militärischen Dienststellen in Dänemark anliegende Probleme zu besprechen. Während dort die Frage der Geiselerchießungen fast nur theoretisch Bedeutung hatte, führte die Judenrazzia³⁶⁰ zu großen Spannungen zwischen Besatzungsmacht und Bevölkerung³⁶¹. Daher mußte Moltke sich im Oktober 1943 auch mit den dänischen Problemen befassen. Besprochen wurden sie mit dem Chefrichter Kanter³⁶².

So tauchten für Moltke immer neue Schwierigkeiten auf, die den Fortgang seiner geplanten Arbeit über die Geisel-Frage hemmten. Zu ihrer Fertigstellung ist Moltke nicht mehr gekommen, da mit seiner Verhaftung im Januar 1944 seinem Wirken ein Ende gesetzt wurde.

ANHANG

I

Lieber Herr Jänicke,

4. 3. 43.

Vielen Dank für Ihren Brief vom 23. Februar. Den Brief, den Sie an Oxé geschrieben haben, habe ich noch nicht bekommen, weil Oxé noch darüber doktort. Ich will Ihnen aber rasch antworten, ehe der Eindruck Ihres Briefes verwischt.

In Belgien ist die Arbeit im ganzen gut vorangegangen. Wir haben dort Material bekommen und zusammengestellt, das eine sehr wertvolle Quelle bedeuten wird. Wir haben weiter die netteste Zusammenarbeit und Hilfe in Belgien gefunden, Verständnis für das, was wir wollen und eine vernünftige Handhabung. Wir haben auch im einzelnen wohl manches für die dortige Verwaltung Nützliches erreicht oder vielmehr sie auf gewisse Zusammenhänge aufmerksam gemacht, die ihnen entgangen waren. Haefthen sitzt jetzt an dem Bericht, der hoffentlich im Laufe der nächsten Woche fertig wird. – In Frankreich und Holland sind wir nicht vorangekommen, dort ist alles in den Ansätzen stecken geblieben. Das lag an den besonderen Verhältnissen, die Ihnen zu schildern, augenblicklich zu weit führen würde.

Von Verdross ist uns ein Oberleutnant angedient worden, der sein Schüler ist und der einen guten Eindruck macht. Sollte also Haefthen weggehen, so würden wir einen geeigneten Nachfolger haben, sollte er bleiben, so würden wir hoffen, diesen Mann, dessen Kommandierung wir ab 1. 4. beantragt haben, an die Stelle von Reichel setzen zu können. Ich bin erleichtert, daß es nicht mehr so hoffnungslos aussieht wie am Anfang.

Ich habe, seit Sie weg sind, in der Tat außerordentlich viel zu tun, denn praktisch mache ich Ihr ganzes Referat noch mit. Die beiden großen Sonderarbeiten über die norwegischen Schiffe und über die Geisel-Angelegenheiten machen ja Dr. Bloch und

³⁶⁰ Vgl. S. 51.

³⁶¹ „Die Stimmung in der Stadt hatte sich sichtlich verschärft. Ich habe noch in keinem besetzten Gebiet so haßerfüllte, auf deutsche Uniformierte gerichtete Blicke gesehen. Die Leute sind ganz einfach außer sich.“ (Brief Moltkes, 9. 10. 1943.)

³⁶² „Wir [Oxé und Moltke] fuhren gleich zurück und gingen von der Bahn zu Ministerialdirektor Sack, dem Chef des Heeresrechtswesens, wo mein Reichskriegsgerichtsrat Kanter aus Kopenhagen auf mich wartete. Mit ihm und Sack besprachen wir dann die dänischen Angelegenheiten, die sich immer mehr zuspitzen. Wir kamen auch zu einem Programm, an dem sich weiterarbeiten läßt.“ (Brief Moltkes, 24. 10. 1943.)

Haefsten. Ich kümmere mich nur ganz wenig darum, immerhin macht auch das etwas Arbeit und Ende nächster Woche will ich auf 14 Tage nach Oslo und Stockholm fahren, um diese Sache zu fördern oder vielmehr zum Abschluß zu bringen. Aber die laufende Arbeit ist so stark, daß sie mich vollkommen eindeckt. In der laufenden Arbeit ist meine Haupthilfe im Augenblick Wengler, mit dem ich alles bespreche, was der Nachprüfung bedarf. Ich kann nur fertig werden, wenn ich alles, was der Tag bringt, am Tage auch erledige, und die ganze Arbeit der wissenschaftlichen Grundierung Wengler überlasse. Er macht das auch gut und schnell, was für mich eine große Erleichterung ist. In der Zeit, in der ich weg war, hat er täglich mit Oxé alle Sachen besprochen und dadurch sind ernsthafte Fehler nicht vorgekommen. Reichel sammelt merkwürdige Papiere und fährt Ende nächster Woche zu einer Donaukonferenz nach Wien. – Pfuehl ist auf Urlaub in den Tiroler Bergen.

Ich hoffe, daß das Sie über den Stand unserer gemeinschaftlichen Arbeit unterrichten wird. Wie stehen eigentlich die Aussichten, Sie noch einmal zu einer Küstenbatterie zu versetzen? Ich nehme an, daß Sie mich über alle diese Ihr persönliche Schicksal betreffenden Fragen unterrichten, soweit ich mit Nutzen etwas darin tun kann. Ich werde jedenfalls mein Möglichstes versuchen.

Auf Wiedersehen, alle guten Wünsche begleiten Sie.

Stets Ihr
wg. Helmuth Moltke

II

BERLIN W 35

Viktoriastr. 53

20. 4. 45

Telephon 222771

Lieber Herr Jaenicke,

ich habe mein Möglichstes getan, für Sie eine Verwendung zu finden, die unseren Wünschen entspricht. Leider vergeblich. Kressner hat mir heute mitgeteilt, daß bei Ihrer Beurteilung eine Kommandierung zur Küsten-Artillerie völlig aussichtslos sei, vielmehr würden Sie in den nächsten Tagen zur Frontdivision versetzt. Es tut mir sehr leid, denn wir hätten wirklich ein großes Interesse daran gehabt, Sie in greifbarer Nähe zu behalten, aber das ist nach dieser Aussicht schlechthin aussichtslos.

Von uns ist nicht viel Neues zu berichten. Das Bloch'sche Gutachten in der Angelegenheit der Norwegischen Schiffe ist fertig und ist heute rausgegangen. Es war eine Mordsarbeit, ist auch recht nett geworden und wird hoffentlich etwas nutzen. Ich habe jedenfalls den Eindruck, daß es Bloch gefreut hat und bin nun sehr gespannt, wie die Reaktion bei den anderen Dienststellen sein wird.

Die Geisel-Untersuchungen gehen jetzt weiter. Ich hoffe, daß wir im Laufe des nächsten Monats mit Holland anfangen können. Auch das ist eine große und recht komplizierte Arbeit geworden. Der zivile Rechtsverkehr mit Frankreich hat mich heute wieder furchtbar geärgert, weil es so mühsam ist, sich da hineinzufinden. Die Kombattantensache wird morgen mit Waltzog abschließend gehandelt und zu einem großen Vorstoß in der Interniertenfrage gegen das Auswärtige Amt habe ich glücklich eine Zustimmung aller militärischen Stellen erhalten. Es ist aber rasend viel zu tun und ich habe 14 Tage wirklich sehr tüchtig arbeiten müssen, um wieder mit allem ins reine zu kommen.

Die Hauptneugierigkeit in unserer Gruppe ist, daß ein Teil der Gruppe in das Ausweichquartier verlegt worden ist, und von uns ist Pfuell mitgegangen. Bei denen, die draußen sind, ist allgemeines Heulen und Zähneklappern, sie finden es gräßlich. Für

den Dienstbetrieb ist es insofern sehr störend, weil es einfach bedeutet, daß wir alles machen müssen und dann den Leuten draußen Abschriften geben. Die beschäftigen sich dann damit, diese Abschriften zu lesen. Nach 20 Minuten sind sie fertig und dann öden sie sich gegenseitig an. Ich bin gespannt, wie lange das gut geht.

Mir geht es sonst gut, etwas besonderes Neues gibt es nicht zu berichten.

Mit allen guten Wünschen für Sie, kommen Sie heil und recht bald wieder, bin ich stets Ihr
w.g. Helmuth Moltke

III

BERLIN W 35

Viktoriastr. 33

15. 1. 44

Telephon 222771

Lieber Herr Jaenicke,

Vielen Dank für Ihren Brief vom ersten Advent, der uns alle hier interessiert und erfreut hat. Wir waren natürlich froh zu hören, daß es Ihnen so gut geht und wir hoffen, daß das auch weiter der Fall sein möge. Jedenfalls alle guten Wünsche für Sie für das Jahr 44.

Von uns ist vor allem zu berichten, daß unser Dienstgebäude bei dem Luftangriff vom 22. zum 23. November vollkommen abgebrannt ist, mit dem Dienstgebäude unsere sämtlichen Akten, die wir noch in Berlin hatten und vor allem die alten Duplikate unserer Entwürfe und KTB-Notizen. Das ist für uns ein großer und nicht ersetzbarer Verlust. Es ist mir völlig unverständlich, wie es möglich war, daß das OKW durch Brand zerstört wurde. Gegen eine Sprengbombe kann man natürlich nichts machen, aber Brandbomben müßten sich eigentlich in einem solchen Dienstgebäude erfolgreich bekämpfen lassen, da ja Wasser vor dem Hause ist und deswegen der Ausfall der Wasserleitung auch nichts macht. – Meine Wohnung ist in derselben Nacht wegen des Ausfalls der Wasserleitung verbrannt. Nach Löschung der Brandbombe ist das Haus durch Funkenflug, der nicht gelöscht werden konnte, in Brand geraten. Von unserer Gruppe ist sonst niemand total geschädigt, und bei mir ist es natürlich auch nicht so schlimm, da ich ja schließlich meine Hauptwohnung in Schlesien habe. In Fräulein Thiels Gegend ist es sehr übel gewesen, das Haus hat erhebliche Dach- und Fensterschäden aber immerhin ist sie und der wesentliche Teil ihrer Wohnung ganz geblieben. Frau Mrakawa's Wohnung ist stark mitgenommen, sie hat jedoch den größeren Teil ihrer Sachen retten können.

Die Arbeit hat im Laufe des ganzen letzten Jahres und auch in letzter Zeit weiter zugenommen. Je schlechter die Kriegslage ist, um so mehr erinnern sich alle möglichen Leute daran, daß man von uns vielleicht einen Rat gebrauchen könnte. Sie würden staunen, wer uns jetzt plötzlich vorher fragt. Mit WR stehen wir natürlich eng, Waltzog kommt 2 bis 3 Mal die Woche zu uns, und es geht von ihm kein wesentliches Schreiben heraus, ohne daß wir es vorher gesehen hätten. Der WFSt hat es sich inzwischen geradezu zur Gewohnheit gemacht, uns die merkwürdigsten Sachen vor Erlaß der Befehle zur Stellungnahme zu geben. Dieser Zustand ändert im Großen leider nichts mehr, dazu ist es zu spät, aber im Kleinen können wir doch immer noch manches machen und manches verhüten. Jedenfalls ist es so, daß wir heute Schmitz und Sie viel nötiger gebrauchen würden als je zuvor.

Die Beziehungen zum Institut haben wir auf unsere eigene Art bereinigt. Stauffenberg hat als Leiter der Kriegsrechtsabteilung eine Art Kollegium, bestehend aus Friede, Bloch, Wengler, Mosler und Frau Dr. Auburtin, zusammenberufen, mit denen

ich jetzt immer die wesentlichen größeren und etwas mehr Zeit raubenden Sachen regelmäßig bespreche. Wir verzichten dabei auf formelle Gutachten des Instituts und begnügen uns mit Gutachten der Referenten. Das funktioniert ganz gut, und wir sind dabei bisher alle auf unsere Kosten gekommen. Die Bücher des Instituts sind jetzt evakuiert worden, d. h. die letzten Transporte rollen. – Gegen Wengler, mit dem es sich ganz hervorragend arbeiten läßt, ist von seinen Feinden im Privatrechtsinstitut in Zusammenarbeit mit Herrn Kier und dem Sekretär der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eine üble und völlig blödsinnige Denunziation erfolgt, die zu seiner vorläufigen Suspendierung geführt hat. Die Aufklärung dieses Unfugs ist deswegen so schwierig, weil der Hauptbeteiligte an der Ostfront steht und wir ihn vorläufig noch nicht wieder hier haben. Es wird aber mit aller Energie an der Sache gearbeitet, und ich hoffe sehr, daß wir in 1 bis 2 Monaten Wengler wieder haben. Vorläufig wird er hier von Friede vertreten.

Das Leben hier ist seit den Angriffen vom Ende November in mancher Beziehung einfacher, in mancher viel komplizierter geworden. Der Großteil der militärischen Dienststellen ist jetzt evakuiert. Von uns befinden sich noch hier: Haus und ich, und Oxé ist meist hier. Der Vorteil der Evakuierung liegt für uns oder sagen wir für mich persönlich, darin, daß ich den Zivilministerien, insbesondere dem Auswärtigen Amt gegenüber eine viel selbständigere Stellung habe, da ja die anderen einfach nicht erreichbar sind. So gibt es eben viele Dinge gerade aus dem Kriegsgefangenenrecht, die wir ganz allein mit dem Auswärtigen Amt klarieren, weil andere Beteiligte nicht da sind. Der zweite Vorteil liegt darin, daß wir über so gute Nachrichtenverbindungen verfügen wie noch nie seit Kriegsbeginn. Wir haben durchgesetzt, daß wir hier in Dahlem, wo wir jetzt sitzen, eine Stabsleitung bekommen haben, so daß wir alle Einheiten bis zu den Armeeoberkommandos herunter, alle Militär-Befehlshaber und auch alle Haus- und Postanschlüsse in unglaublich kurzer Zeit bekommen. Wir sind also mit der Welt besser verbunden als je zuvor. Wir kämpfen nun noch um eine direkte Leitung zum Auswärtigen Amt, die es uns auch ermöglichen würde, alle Auslandsgespräche unmittelbar zu bekommen. Außerdem haben wir einen eigenen Fernschreiber hier, den wir nur mit einer ganz kleinen Marinedienststelle zu teilen haben. Die Schwierigkeiten der Evakuierung liegen für uns vor allem darin, daß wir Unterschriften, wenn wir sie notwendig brauchen, sehr schlecht bekommen. Unsere Chefs drängen sich in keiner Weise nach Berlin, und so müssen wir ein oder zweimal die Woche raus fahren, und das nimmt immer sehr viel Zeit.

Mit allen guten Wünschen für Sie und vielen herzlichen Grüßen stets

Ihr

Helmuth Moltke

In Handschrift:

Ich schreibe in nächster Zeit wieder ein Mal. Ich mußte hier aufhören, weil eine Bespr. [? unleserlich] dazwischen kam.